



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

2. Sitzung

Hannover, den 20. Februar 2013

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	29
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	29
Zusätzlicher Tagesordnungspunkt:	
Feststellung eines Sitzverlustes gemäß Artikel 11 Abs. 2 Satz 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m. § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Lan- deswahlgesetzes - Antrag des Präsidenten des Nie- dersächsischen Landtages - Drs. 17/4	29
Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältes- tenrates	30
Aussprache über die Regierungserklärung	30
Björn Thümler (CDU)	30
Johanne Modder (SPD)	37
Dr. Stefan Birkner (FDP)	48
Anja Piel (GRÜNE)	53
Persönliche Bemerkung	
Jörg Bode (FDP)	48
Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglie- der des Wahlprüfungsausschusses - Wahlvor- schlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/3	59
Nächste Sitzung	59

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Elke Westen (GRÜNE)
Schriftführerin	Hillgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg Mielke, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris Pistorius (SPD)	Staatssekretär Stephan Manké, Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD)	Staatssekretär Frank Doods, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration Cornelia Rundt (SPD)	Staatssekretär Jörg Röhmann, Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesund- heit und Integration
Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD)	Staatssekretär Peter Bräth, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Olaf Lies (SPD)	Staatssekretärin Daniela Behrens, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucher- schutz und Landesentwicklung Christian Meyer (GRÜNE)	
Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)	Staatssekretär Wolfgang Scheibel, Justizministerium
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	Staatssekretärin Andrea Hoops, Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel (GRÜNE)	

Beginn der Sitzung: 9.33 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen allen namens des Präsidiums einen guten Morgen. Ich eröffne die 2. Sitzung im 1. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode.

Mitteilungen des Präsidenten

Ich darf Sie aus gegebenem Anlass bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Am 6. Februar 2013 verstarb der ehemalige Abgeordnete Erhard Wolfkühler im Alter von 69 Jahren. Erhard Wolfkühler gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1998 bis 2008 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und im Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“.

Am 13. Februar verstarb der ehemalige Abgeordnete Bruno Orzykowski im Alter von 89 Jahren. Bruno Orzykowski gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1970 bis 1978 an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Jugend und Sport, im Ausschuss für Bau- und Wohnungswesen und im Ausschuss für Sozial- und Gesundheitswesen.

Am 17. Februar verstarb die ehemalige Abgeordnete Charlotte Garbe im Alter von 83 Jahren. Charlotte Garbe gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von 1982 bis 1986 an. Während dieser Zeit war sie Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen und im Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Meine Damen und Herren, wir werden die Kollegin und die Kollegen in guter Erinnerung behalten und widmen ihnen ein stilles Gedenken.

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich kann auf jeden Fall die **Beschlussfähigkeit** und wohl auch die Vollständigkeit des Parlaments feststellen.

Zur Tagesordnung teile ich Ihnen Folgendes mit: Mit Schreiben vom gestrigen Tag hat die Abgeordnete Daniela Behrens erklärt, dass sie auf ihren

Sitz im Niedersächsischen Landtag der 17. Wahlperiode verzichtet. Die Fraktionen waren sich im Ältestenrat darüber einig, den Sitzverlust heute zum Beginn der vereinbarten Tagesordnung festzustellen. - Ich höre und sehe keinen Widerspruch.

Wir setzen die heutige Sitzung nach der Feststellung des Mandatsverlustes mit der Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates und der Aussprache über die Regierungserklärung fort.

Es folgen zunächst geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführer, in diesem Fall durch den Schriftführer von der sozialdemokratischen Seite.

Schriftführer Stefan Klein:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen die Entschuldigungen für heute mitteilen. Entschuldigt hat sich heute niemand. Wir dürfen also vollzählig sein.

Präsident Bernd Busemann:

Ich komme jetzt zu dem

Zusätzlichen Tagesordnungspunkt:

Feststellung eines Sitzverlustes gemäß Artikel 11 Abs. 2 Satz 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m. § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes - Antrag des Präsidenten des Niedersächsischen Landtages - Drs. 17/4

Es liegt der Antrag vor, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen den Mandatsverlust von Frau Daniela Behrens festzustellen.

Über einen solchen Tagesordnungspunkt wird traditionell ohne Besprechung abgestimmt. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Neinstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Die Abgeordnete Daniela Behrens ist damit aus dem Landtag ausgeschieden. Ich wünsche ihr für ihre Zukunft alles Gute.

(Zuruf: Sie ist da!)

- Sie sehen: Es war ein freiwilliger und freudiger Mandatsverzicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wann gibt es so etwas schon mal!

Gemäß § 38 Abs. 2 i. V. m. Abs. 5 Satz 2 des Landeswahlgesetzes hat die Landeswahlleiterin inzwischen festgestellt, dass der frei gewordene Sitz auf Herrn Axel Brammer übergeht. Herr Brammer hat seine Bereitschaft erklärt, das Landtagsmandat als Nachrücker anzunehmen.

Herr Brammer, ich begrüße Sie in unserer Mitte und wünsche Ihnen ein erfolgreiches Wirken - Sie kennen das ja - in diesem wunderbaren Landtag. Herzlich willkommen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich setze fort mit der

Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates

Der Ältestenrat hat sich bereits gestern Nachmittag konstituiert. Nach der Benennung durch die Fraktionen setzt sich der Ältestenrat wie folgt zusammen: für die Fraktion der CDU die Abgeordneten Lothar Koch, Gabriela Kohlenberg, Editha Lorberg, Jens Nacke, Heinz Rolfes und Björn Thümler; für die Fraktion der SPD die Abgeordneten Marcus Bosse, Renate Geuter, Johanne Modder, Uwe Schwarz, Petra Tiemann, Grant Hendrik Tonne; für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordneten Helge Limburg und Anja Piel; für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Christian Grascha. Dem Ältestenrat gehören des Weiteren mit beratender Stimme an der Präsident - zugleich als Vorsitzender - sowie die Vizepräsidentin und die beiden Vizepräsidenten.

Meine Damen und Herren, das war eine Mitteilung. Darüber muss nicht beschlossen werden.

Ich darf nun den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen. Das ist die

Aussprache über die Regierungserklärung

Nachdem die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gestern 47 Minuten gedauert hat, stehen den Fraktionen für die Aussprache über die

Regierungserklärung folgende Redezeiten zur Verfügung: CDU-Fraktion 47 Minuten - analog der gestrigen Redezeit des Ministerpräsidenten -, SPD-Fraktion 47 Minuten - entsprechend -, Bündnis 90/Die Grünen 23:30 Minuten - die Hälfte der Redezeit der Regierungserklärung - und FDP-Fraktion 23:30 Minuten - das ist ebenfalls die Hälfte der Dauer der Regierungserklärung.

Ich werde die Wortmeldungen in der avisierten Reihenfolge aufrufen: CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion und dann Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Weitere Wortmeldungen liegen mir bisher nicht vor.

Wir kommen zur Aussprache. Es beginnt für die CDU-Fraktion der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Thümler. Bitte sehr!

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Weil, ich möchte Ihnen zunächst von dieser Stelle aus herzlich zu Ihrer Wahl als Ministerpräsident gratulieren. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Landesregierung Erfolg bei dem Tun für unser Land Niedersachsen. Alles Gute im Amt!

(Beifall)

Wir haben es gestern bereits gehört: Der Wahlkampf war ein anständiger. Und wie es eben so ist nach einem Wahlkampf: Es gibt eine Seite, die gewinnt, und eine Seite - in diesem Fall mit nur einer Stimme weniger -, der die Oppositionsrolle anheimfällt. Diese werden wir für eine kurze Zeit annehmen. Wir werden versuchen, Sie vor uns herzutreiben und diesen Zustand schnell zu beenden, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Der griechische Philosoph Platon hat einmal gesagt: „Der Beginn ist der wichtigste Teil der Arbeit.“ Wenn die gestrige Regierungserklärung von Herrn Weil der Startschuss für die rot-grüne Regierungspolitik in Niedersachsen gewesen sein sollte, dann muss ich Ihnen ehrlich sagen: „Anpacken und besser machen“ sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei allem Respekt, Herr Weil: Es grenzt nach meiner Auffassung schon fast an Arbeitsverweigerung,

was Sie hier gestern als Arbeitsprogramm von Rot-Grün angekündigt haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

„Anpacken und besser machen“, meine Damen und Herren, war das Motto Ihrer Wahlkampagne. Wer Ihre Ausführungen gestern gehört und aufmerksam verfolgt hat, der musste feststellen, dass Rot-Grün nach einem anderen Prinzip verfährt, nämlich: liegen lassen, später machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Reden wir nicht lange drum herum, sondern sagen wir, wie es ist: Diese Regierungserklärung strotzte vor Binsenweisheiten. Sie enthielt ebenso viele Absichtserklärungen, aber eben nichts Konkretes.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Was ist mit den Gesamtschulen?)

Am Montag hieß es in einer großen niedersächsischen Tageszeitung: „Rot-Grün fiebert der Machtübernahme entgegen“. Dann frage ich mich ernsthaft, meine Damen und Herren: Hat Ihnen das Fieber derart die Sinne vernebelt, dass Sie nicht in der Lage waren, bei der Abfassung der Regierungserklärung irgendeinen wegweisenden Gedanken zu Papier zu bringen, der dieses Land weiter nach vorne bringt?

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Sie haben sie nicht verstanden!)

Unter Politik verstehe ich das Aufzeigen von Lösungsansätzen. Sie, Herr Weil, haben wie immer viel geredet, aber nichts gesagt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vieles von dem, was wir in den letzten Monaten in dem einen oder anderen Interview schon einmal von Ihnen gehört haben, haben Sie auch gestern fast wortgleich zum Ausdruck gebracht. Und dort, wo Sie einmal etwas konkreter geworden sind, wie in der Bildungspolitik, geht es gänzlich in eine falsche Richtung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Miriam Staudte [GRÜNE]: Na ja! Warum sind Sie denn abgewählt worden?)

Da biegen Sie gefährlich nach links ab und verkennen dabei, dass Niedersachsen das Land von

Maß und Mitte ist und bleiben wird, meine Damen und Herren.

Deswegen wollen wir in den nächsten Minuten doch einmal einen Blick auf das werfen, was Sie auf 96 Seiten Papier festgeschrieben haben.

Dabei bleibt der Eindruck, dass es vor allem darum geht, unliebsame Dinge zu vertagen. Bei Ihnen - das muss man konstatieren - bricht eine wahre „Kommissionitis“ aus. Sie wollen laut Ihrem Koalitionsvertrag nicht weniger als 20 verschiedene Kommissionen, runde Tische und dergleichen einrichten.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: So viele? - Johanne Modder [SPD]: Nicht mal zählen kann er!)

Sie finden dort interessante Sachen: eine paritätisch besetzte Kommission zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes, eine gemeinsame Finanzkommission, eine Fachkommission Inklusion, eine Fachkommission Pflege, eine Kinderkommission, eine Verbraucherkommission, eine Kommission, die im Dialog mit Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen Leitlinien für einen neuen Umgang zwischen Politik und Wirtschaft aufstellen soll,

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist der neue Dialog!)

und schließlich, meine Damen und Herren, einen runden Tisch mit Vertretern der Energiewirtschaft usw. usf.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP sowie Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Wer derart in „Kommissionitis“ verfällt und von runden Tischen spricht, der muss sich die Frage gefallen lassen, wann er selber mal arbeiten will, meine Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Weil, ich sage es Ihnen ganz offen: Kraftvolles Regieren sieht anders aus. Anpacken und besser machen - das galt nur vor der Wahl. Liegen lassen, später machen - das ist die neue rot-grüne Wirklichkeit in Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Miriam Staudte [GRÜNE]: Das habe ich fast wortgleich heute schon mal gehört!)

Sie, meine Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses, haben eine große Dialogbereitschaft angekündigt. Allerdings verkennen Sie, dass das, was Sie geschrieben haben, kein Mensch verstehen kann. Man könnte sagen: Kauderwelsch, mehr ist es nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Miriam Staudte [GRÜNE]: Was?)

In Ihrem Programm liest man von „Racial Profiling“, „Gender Budgeting“ und „gelabelten Angeboten“. Das sind nur einige Beispiele für Ihr verschwurbeltes Kauderwelsch.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ich kann mir vorstellen, dass Sie das nicht verstehen! - Ina Korter [GRÜNE]: Wollen Sie wissen, was das ist?)

Wenn jemand versucht, Ihren Koalitionsvertrag zu lesen, dann kann er feststellen, dass ihm ein pseudomoderner Anstrich verpasst werden sollte - ein inflationärer Gebrauch von Anglizismen, ein reines Polit-Denglisch, z. B. „Feedback-Kultur“.

(Johanne Modder [SPD]: Noch nie gehört?)

Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, meine Damen und Herren: Das ist und bleibt ein Dokument des Rückschritts - viel Klientel-Sprech, wenig Klartext.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Herr Thümler, kennen Sie Google?)

Dafür, meine Damen und Herren, haben Sie sich schon eine Auszeichnung erworben, nämlich die Auszeichnung, „Sprachpanscher des Jahres“ zu sein. Diese Plakette verleihen wir Ihnen gerne.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dieses Kauderwelsch macht im Übrigen deutlich, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, dass Sie weit weg sind von den wirklichen Problemen und den Realitäten der Menschen in Niedersachsen. Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man darüber lachen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man kann auch sagen: Sie verwenden diesen Sprech immer an den Stellen - sozusagen als Synonym -, an denen sich Rot und Grün nicht wirklich grün gewesen sind. Sie verkleistern damit Ihre

Unstimmigkeiten. Das werden wir Ihnen auf keinen Fall durchgehen lassen, meine Damen und Herren, da werden wir Sie stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich nenne Ihnen drei Beispiele.

Erstes Beispiel: Vor der Wahl hat der SPD-Landesvorsitzende betont, dass ihm die Stärkung der kommunalen Ebene und die kommunale Selbstverwaltung besonders am Herzen lägen.

Nach der Wahl war aus seinem Munde zu diesem Thema nichts Konkretes zu hören, auch gestern nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Darum stellt sich die Frage: Was ist denn jetzt das Ziel bei den kommunalen Entschuldungshilfen? Was passiert mit den Kommunen, die derzeit noch über den Zukunftsvertrag verhandeln und diesen zum Abschluss bringen wollen? - Meine Damen und Herren, darauf hat es gestern von Ihnen keine konkreten Antworten gegeben, und das ist enttäuschend.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie lassen damit die kommunalen Entscheidungsträger ratlos zurück, ja, Sie verspielen gar eine Menge Vertrauen, das Sie erst hätten gewinnen müssen.

(Johanne Modder [SPD]: Das Sie nie hatten!)

Anpacken und besser machen - das galt vor der Wahl. Liegen lassen, später machen - das ist die Wirklichkeit von Rot-Grün in Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweites Beispiel: Vor der Wahl hat der SPD-Landesvorsitzende eine neue Regionalstrukturpolitik angekündigt. Dazu sollte - das waren große Worte - das Landwirtschaftsministerium bisheriger Art völlig umgekrempelt werden.

In den Koalitionsverhandlungen hat ihn dann offenbar der rechte Mut verlassen, einen wirklich großen Wurf vorzulegen. Fakt ist: In der Strukturpolitik wird nichts besser; es wird für das Land lediglich teurer. Für diesen Bereich wurde das Pöstchen einer weiteren Staatssekretärin geschaffen - eine reine Versorgungsstelle mit ungeklärten Zuständigkeiten, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie schaffen zudem in der Fläche vier neue rot-grüne Versorgungsstatthalter mit B-6-Besoldung. Hierbei soll vor allem die Befriedigung von Parteifreunden im Vordergrund stehen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Wir machen endlich das weg, was Sie kaputt gemacht haben! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kann nur wiederholen: Anpacken, besser machen - das galt bei Ihnen vor der Wahl. Liegen lassen, später machen - das ist Ihre neue Wirklichkeit in Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittes Beispiel: Mit dem Eiertanz beim Thema Gorleben

(Johanne Modder [SPD]: Eiertanz? Endlich Klarheit in Niedersachsen, mein Lieber!)

haben Rot-Grün und speziell der SPD-Landesvorsitzende ein wahres Trauerspiel abgegeben. Im Wahlkampf hat Herr Weil ein ums andere Mal erklärt, dass Gorleben aus der Endlagersuche ausgeschlossen werden müsse.

(Johanne Modder [SPD]: Gut! Genau! - Helge Limburg [GRÜNE]: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Aus diesem kategorischen Nein ist im Laufe Ihrer Koalitionsverhandlungen ein verschämtes „Ja, aber“ geworden, meine Damen und Herren.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Es ist eben ein bemerkenswerter Vorgang, dass Sie, Herr Weil, selbst nicht Manns genug gewesen sind, der geneigten Öffentlichkeit Ihren plötzlichen Sinneswandel zu erklären.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Was? Haben wir etwas verpasst? - Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

Am 8. Februar erklärten Sie im NDR, Gorleben sei „drin“. Zwei Tage später in einem Namensartikel in der *BamS*: „Gorleben ist draußen“. Im Koalitions-

vertrag war dann am Montag zu lesen: Gorleben ist wieder „drin“.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sie sollten sich den NDR-Bericht noch einmal genau anschauen!)

Nichts macht Ihren Schlingerkurs deutlicher als Ihr Verhalten in dieser für Niedersachsen zentralen und wichtigen Frage.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Was haben Sie eigentlich als Landesregierung gemacht? Das möchte ich einmal wissen!)

Ich frage Sie, Herr Weil: Ist das der neue Politikstil, den Sie gestern hier versprochen haben? - Ich hoffe, nicht.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es gehört eine gewisse Dreistigkeit dazu, mit Blick auf den überaus mageren Koalitionsvertrag und die gestrige Regierungserklärung vom „Bohren dicker Bretter“ zu sprechen. Das Gegenteil ist der Fall. - Das Gegenteil von jemandem, der dicke Bretter bohrt, ist im Übrigen ein Dünnbrettbohrer.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Bravo! Gut erkannt! Klasse!)

Das wird daran deutlich, dass Sie versuchen wollen, sich mit genau dieser Haltung durchzulavieren: große Worte, wenig konkrete Ideen und Inhalte. Das werden wir nicht durchgehen lassen. An dieser Stelle werden wir Sie stellen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Doch werfen wir einen Blick auf die Finanzpolitik. Um Ihre teuren Wahlversprechen einzulösen, wollen Sie die Steuern massiv erhöhen. Da, wo Sie es als Land nicht selber können, zeigen Sie mit dem Finger wohlweislich auf Berlin,

(Johanne Modder [SPD]: Das ist nun einmal Bundesgesetzgebung! Dafür können wir auch nichts!)

und wenn Ihr Plan nicht aufgehen wird, haben Sie schon den Schuldigen für Ihr eigenes Versagen ausgemacht.

Dass Sie, Herr Weil, gerade als ehemaliger Stadtkämmerer so wenig Ehrgeiz in einer der zentralen Fragen der Finanzpolitik zeigen, ist absolut enttäuschend.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der CDU: Ja, genau! Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, der Bund der Steuerzahler ist von Ihren Plänen geschockt

(Johanne Modder [SPD]: Oh!)

und hat sie als rot-grüne Steuererhöhungsorgie gegeißelt. Dem ist ausdrücklich nichts hinzuzufügen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber das entlarvt eben Ihre eigentlichen Absichten: mehr Staat, weniger Eigenverantwortung. Sie glauben, der Staat kann immer alles besser. An diesem Punkt wird Ihr tief sitzendes Misstrauen gegen die Menschen in diesem Land deutlich.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Miriam Staudte [GRÜNE]: Steuern müssen gerecht sein und nicht nur niedrig!)

Nach zehnjähriger erfolgreicher Regierungsarbeit von CDU und FDP übergeben wir Rot-Grün ein bestelltes Feld.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Oh! - Miriam Staudte [GRÜNE]: 20 Milliarden mehr Schulden!)

- Ich will Ihnen noch etwas sagen, damit Sie sich ein wenig aufregen können. Das schadet ja Ihrer Gesundheit nicht, sondern bringt Sie nur ein wenig in Wallung.

Wenn Sie sich einmal ansehen, wie die Regierungsübernahme gestern funktioniert hat, so erkennen Sie, dass das vorbildlich gelaufen ist.

(Johanne Modder [SPD]: Wie in vorherigen Jahren auch!)

Das war das ganze Gegenteil zu 2003, als eine Regierungsübernahme in dieser Form überhaupt nicht stattgefunden hat, sondern als in den Häusern völliges Chaos geherrscht hat.

Das ist die Wahrheit, und das müssen Sie endlich zur Kenntnis nehmen!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nach zehnjähriger erfolgreicher Regierungsarbeit für Niedersachsen haben wir die Jugendarbeitslosigkeit halbiert, die Abiturquote um fast 30 % erhöht, die Schulabbrecherquote halbiert; das wird im Übrigen auch von Ihrer Kultusministerin mittlerweile gelobt.

(Johanne Modder [SPD]: Wie war das mit dem Philologenverband? - Petra Tiemann [SPD]: Sitzenbleiben! Ja! - Zuruf von der SPD: Das ist Schnee von gestern!)

Wir belegen einen Spitzenplatz bei den Ausgaben je Studierenden und haben mit 8 Milliarden Euro die höchsten Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung in der Geschichte des Landes Niedersachsen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben heute in Niedersachsen 6 000 Lehrerstellen mehr als 2002, die beste Schüler-Lehrer-Relation in der Geschichte des Landes, eine Unterrichtsversorgung von über 100 %, weniger jugendliche Straftäter, und bei der Kinderarmut hat Niedersachsen den stärksten Rückgang aller westdeutschen Flächenländer zu verzeichnen.

Das sind wenige exemplarische Ergebnisse einer mutigen Politik von CDU und FDP. Das ist das Ergebnis einer erfolgreichen Landesregierung, von Christian Wulff seit 2003 auf den richtigen Weg gebracht,

(Zurufe von der SPD: Ah!)

und es ist das Ergebnis einer Politik mit Leidenschaft und Sachverstand, die vor allen Dingen mit David McAllister verbunden ist.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb gebührt beiden unser ausdrücklicher und herzlicher Dank, und ich schließe die Kabinette Wulff und McAllister ausdrücklich in diesen Dank mit ein. Das war eine Spitzenleistung für die Menschen in Niedersachsen. Herzlichen Dank für diese Arbeit!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute fällt der neuen Landesregierung ein solider Landeshaushalt in den Schoß.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Gegenruf von Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Ihr solltet euch freuen!)

- Ja, guckt euch mal um!

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihre Verantwortung ist es jetzt: Verfallen Sie nicht in den alten Politikstil von Schröder, Glogowski und Gabriel, weil dieser Politikstil Niedersachsen schon einmal in den wirtschafts-, finanz- und bildungspolitischen Abgrund geführt hat, meine Damen und Herren!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Widerstehen Sie einfach dieser Versuchung! Ich hoffe, dass der Titel Ihres Koalitionsvertrages das Einzige ist, was Sie mit dem Politikstil von Gerd Schröder gemeinsam haben, meine Damen und Herren.

Wer Wohlstand und Arbeitsplätze eines Landes sichern will, muss sich für eine funktionierende Infrastruktur einsetzen und dafür sorgen. Was aber tut Rot-Grün? - Rot-Grün in Niedersachsen will die Liste für den Bundesverkehrswegeplan gnadenlos zusammenstreichen.

(Beifall bei der CDU - Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Nein, das wollen wir nicht! Wir wollen das Geld!)

Herr Weil, das ist übrigens eine zwischen den Bundesländern stark umkämpfte Liste. Verkehrsprojekte, die nicht in dieser Liste stehen, werden niemals realisiert werden.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Darum kommt diesem Bundesverkehrswegeplan auch in seiner Vielfalt eine hohe Bedeutung zu, weil keine Maßnahme, die darin nicht enthalten ist, jemals geplant wird. Deswegen ist es fahrlässig, Maßnahmen aus dieser Liste herausstreichen zu wollen, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP- Renate Geuter [SPD]: Wer hat denn die Planungshoheit im Bund? - Sie!)

Mobilität im Flächenland Niedersachsen zu sichern, ist eine der zentralen Herausforderungen und politischen Zukunftsaufgaben des Landes, meine Damen und Herren. Wir sind der Auffassung, dass die Menschen selbst entscheiden sollten, wo sie leben und wie sie arbeiten. Wir wollen den Menschen die Wahlmöglichkeit lassen, wie sie morgens zur Arbeit kommen. Wir sollten vor allem niemandem vorschreiben, das Auto stehen zu lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Doch, das machen Sie!

Das gilt insbesondere für den ländlichen Raum, der gerade in Niedersachsen von großer Bedeutung ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ihre Pläne insbesondere in der Verkehrspolitik, meine Damen und Herren von Rot-Grün, die Mittel für den kommunalen Straßenbau um 25 Millionen Euro reduzieren zu wollen, sind nicht nur eine Gefahr für den ländlichen Raum, nein, es ist sogar ein Versagen vor der kommunalen Ebene und der Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Das ist unglaublich!)

Und Fakt ist bei allem, wie Sie sich winden und drehen: Wenn Sie die Planungen für die A 20 und die A 39 bewusst hinauszögern, leisten Sie ein großes Vergehen gegen die Infrastruktur des Landes Niedersachsen und die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger. Bekennen Sie sich endlich eindeutig zu beiden Verkehrsprojekten, meine Damen und Herren!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die bildungspolitische Bilanz von CDU und FDP kann sich sehen lassen. Wir haben für Ruhe an den Schulen gesorgt,

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

die Unterrichtsversorgung liegt bei über 100 %, und mit den Oberschulen haben wir die passenden

Antworten auf die Entwicklung insbesondere in der Fläche gegeben, meine Damen und Herren.

(Marcus Bosse [SPD]: Sie leiden an Selbstüberschätzung!)

Mit 5 Milliarden Euro pro Jahr haben CDU und FDP zuletzt über 1,2 Milliarden Euro mehr im Schulbereich ausgegeben als zu Zeiten der letzten SPD-Regierung. Das sind die höchsten Bildungsinvestitionen, die es in diesem Land jemals gegeben hat. Das, meine Damen und Herren, ist Wirtschaftsförderung pur, Herr Weil.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, führt das, was Rot-Grün in der Bildungspolitik vorhat, geradezu ins blanke Chaos. Es zeugt von einer gefährlichen Ideologie der Leistungsfeindlichkeit, alles und jeden gleichmachen zu wollen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie, Herr Weil, haben gestern zugesagt, keine Schulform abschaffen zu wollen. Tatsächlich aber gefährden Sie mit Ihren Plänen die Vielfalt der Schullandschaft in Niedersachsen.

(Johanne Modder [SPD]: Sie sollten den Philologenverband einmal lesen!)

Schon bei der bloßen Erwähnung des Begriffs „Integrierte Gesamtschule“ ist Ihre Fraktion gestern völlig ausgeflippt.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD)

- Ja, ich kenne euch!

Meine Damen und Herren, unsere Schulen dürfen nicht zum Versuchslabor längst gescheiterter pädagogischer Reformkonzepte werden.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Alles das, was Sie sich da ausgedacht haben, ist untauglich und führt nicht dazu, die Kinder angemessen auf die Zukunft vorzubereiten, meine Damen und Herren.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Aber Sie waren dazu in der Lage?!)

Denn zu einer optimalen Förderung der Kinder gehört eben auch, dass sie angemessen gefordert werden. Wenn das unterbleibt, wie in 13 Jahren SPD-dominierte Bildungspolitik geschehen, dann wird unser Land ganz schnell zum PISA-Absteigerland werden, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gewiss, wir dürfen unsere Kinder nicht überfordern. Aber man sollte nicht ganz außer Acht lassen, dass Schule auch etwas mit Leistung und Engagement zu tun hat, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Miriam Staudte [GRÜNE]: Weniger Zeit zum Lernen soll mehr Zeit für Leistung bringen? Das müssen Sie mir einmal erklären!)

Herr Weil, bis zum Wahlsonntag gaben Sie sich als überzeugter Anhänger des Gymnasiums. Von diesem öffentlichen Bekenntnis ist weder in Ihrem Koalitionsvertrag noch gestern in Ihrer Regierungserklärung irgendetwas zu hören bzw. zu lesen gewesen; denn Rot-Grün will die Integrierte Gesamtschule langfristig als Einheitsschule durchsetzen. Für Sie sind Gymnasien offenbar nur ein notwendiges Übel, die langfristig durch die IGSen als Einheitsschule abgelöst werden sollen. Das, meine Damen und Herren, werden wir Ihnen auf keinen Fall durchgehen lassen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Interessant ist: Zur Wirtschaftspolitik haben Sie in Ihrer Regierungserklärung wenig und nichts Konkretes gesagt. Interessant ist allerdings auch, wozu Sie gar nichts gesagt haben - z. B. zur Industriepolitik, obwohl wir mit Volkswagen in Niedersachsen den größten Autobauer Europas haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben kein Wort zu den Landesbeteiligungen, der Salzgitter AG und der NORD/LB, gesagt. Sie haben nichts zum Mittelstand gesagt, obwohl Handel und Handwerk das Rückgrat unserer Wirtschaft sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben nichts zur Forschung gesagt, obwohl mit dem Dreieck Braunschweig-Göttingen-Hannover in

Niedersachsen die forschungsintensivste Region in Europa beheimatet ist.

Sie haben nichts zu Polizei und Justiz gesagt, obwohl Zehntausende Polizeibeamte und Justizbeamte täglich für die Sicherheit der Menschen in Niedersachsen sorgen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben nichts zum Küstenschutz gesagt, obwohl die Menschen an der Küste ohne sichere Deiche längst keine Heimat mehr hätten. Und der Spruch gilt: Wer nicht will deichen, der muss weichen. - Je eher Sie weichen, umso besser, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben auch kein Wort zu Europa gesagt, meine Damen und Herren, obwohl in Ihrem Koalitionsvertrag vollmundig angekündigt wird, Sie würden Europa auf einen neuen Weg bringen.

(Zustimmung bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Jawohl!)

Ich finde, wenn Sie diesem zugegebenermaßen sehr wichtigen Kapitel schon so mit dicker Hose begegnen, dann wäre es angemessen gewesen, in Ihrer Regierungserklärung wenigstens etwas dazu zu sagen, damit sich Herr Barroso und Herr Van Rompuy schon darauf einstellen können, was von Ihnen zu erwarten ist: Nichts, nur heiße Luft, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese Liste, meine Damen und Herren, ließe sich noch beliebig weit fortsetzen. Das will ich Ihnen aber ersparen, weil ich daraus schließen kann: Sie sind im Land noch nicht angekommen. Es ist eben immer noch Ihre Sichtweise, die Sie aus Ihrer vor-maligen Tätigkeit hier in Hannover mit sich bringen. Das hemmt Sie natürlich ein bisschen, den Überblick über das Land zu haben.

Deswegen sage ich Ihnen auch: Es ist etwas anderes, im Landtag zu sein, als im Stadtparlament von Hannover. Aber ich denke, Sie werden sich schnell daran gewöhnen, Herr Weil.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Ihrer Regierungserklärung haben Sie sich für die Schuldenbremse ausgesprochen. Das will ich ausdrücklich begrüßen. Wir werden Sie in dieser Fra-

ge beim Wort nehmen. Wir erwarten, dass Sie die Finger von der Landeshaushaltsordnung lassen, und wir erwarten, dass Sie sich für die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung nicht nur einsetzen, sondern dieser zustimmen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Genau!)

Wir werden im März-Plenum einen Antrag dazu einbringen. Dann werden wir sehen, welchen Wert Ihre Ankündigungen haben, meine Damen und Herren. Das ist der neue Weg. Wir machen jetzt die Opposition.

(Johanne Modder [SPD]: Aber lange! Lange macht ihr die!)

Damit Sie nicht zu lange Regierung machen müssen, werden wir uns bemühen, diese Zeit kurz zu halten, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Die Abgeordneten der CDU und der FDP erheben sich - Detlef Tanke [SPD]: Die Opposition ist hart, ganz hart! Wo bleibt denn der Narrhallamarsch? - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Soeben hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Abgeordnete Thümler, gesprochen. Ich darf darauf hinweisen, dass der CDU theoretisch noch eine Restredezeit von gut 15 Minuten zur Verfügung steht.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Es gibt eine Wortmeldung der Fraktionsvorsitzenden der SPD. Jetzt hat die Abgeordnete Frau Modder das Wort. Bitte sehr!

Johanne Modder (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist deutlich geworden: Es sprach der Ewiggestrige.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Von moderner Regierungspolitik, von Bürgerbeteiligung keine Ahnung!

Ich kann nur sagen: Die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen haben klug entschieden. Hier sit-

zen die Regierungsfractionen und dort die Opposition.

(Beifall bei der SPD - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Nicht mehr lange!)

- Ja, es tut ja weh. Ich weiß. Wir haben das auch schon einmal durchgemacht. Aber diese Zeit - fünf Jahre - ist manchmal so kurz. Sie müssen sich auf zehn Jahre einrichten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, am 20. Januar haben die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen der SPD und den Grünen den Wählerauftrag erteilt, eine neue Regierung zu bilden.

(Zuruf von der CDU: Ja, ganz deutlich! 1 Million!)

Wir sind uns unserer Verantwortung sehr bewusst und verstehen - - -

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Geht es Ihnen gut? - Wunderbar!

(Christian Dürr [FDP]: Die Frage ist, ob es Ihnen gut geht, Frau Modder!)

Wir sind uns unserer Verantwortung sehr bewusst und verstehen das in uns gesetzte Vertrauen zugleich als eine ganz große Verpflichtung. Wir setzen dabei auf eine Politik der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. Rot-Grün in Niedersachsen steht für ein Handeln, das soziale Gerechtigkeit und den wirtschaftlichen Erfolg mit ökologischer Vernunft verbindet. Wir stehen für einen neuen Politikstil.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Steuererhöhung!)

Meine Damen und Herren, die Zeit des Durchgerens ist vorbei.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie müssen aufpassen, dass die Niedersachsen das nicht als Drohung verstehen!)

Der Politik der schwarz-gelben Selbstgefälligkeit setzen wir eine Politik des Dialogs entgegen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Mehr Steuern!)

Die gesellschaftlichen Gruppen in Niedersachsen verstehen wir als Partner auf Augenhöhe. Das,

meine Damen und Herren, wird das Markenzeichen der neuen rot-grünen Landesregierung sein.

Die SPD-Landtagsfraktion wird die neue Landesregierung hierbei mit aller Kraft unterstützen. Wir stehen zu diesem Regierungsverständnis und laden die Bürgerinnen und Bürger herzlich dazu ein, sich aktiv mit einzubringen.

(Zuruf von der CDU: Da kommt doch keiner! - Heiterkeit bei der CDU - Gegenruf von der SPD: Genau das ist Ihr Verständnis!)

- Na ja, man nennt es auch kleinkariert. Aber gut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden das Prinzip des Dialogs und der Augenhöhe mit Leben erfüllen, und wir werden dabei als Fraktion eine konstruktive, aber auch treibende Kraft sein. Darüber sind wir uns mit unseren Freundinnen und Freunden von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Wie lange? - Christian Dürr [FDP]: Das ist auch der einzige Grund, oder, Frau Modder?)

Gestern ist in diesem Hohen Hause Stephan Weil zum elften Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt worden. Von dieser Stelle aus noch einmal unseren herzlichsten Glückwunsch! Viel Kraft und Gottes Segen, lieber Stephan, für diese große Aufgabe, die du übernommen hast!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Na ja!)

Vor uns liegen Jahre des Aufbruchs voller Tatkraft. Wir wissen, bei Ihnen und Ihren Zielen liegt Niedersachsens Zukunft in guten Händen.

Auch dem neuen Kabinett wünschen wir viel Erfolg bei der nun anstehenden Arbeit. Die sehr vertrauensvollen und konstruktiven Koalitionsgespräche waren ein überzeugender Anfang.

(Ulf Thiele [CDU]: Das haben wir gemerkt!)

Mit großer Ernsthaftigkeit ist der Koalitionsvertrag der kommenden fünf Jahre beraten und beschlossen worden. Darauf sind wir gemeinsam sehr stolz.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Am vergangenen Samstag haben Landesparteitage von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Koalitionsvertrag beide einstimmig angenommen.

(Ulf Thiele [CDU]: Wie war das Gespräch zur Emsvertiefung? - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Zur Frauenpolitik?)

Dafür auch von dieser Stelle aus noch einmal ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Fairness verlangt es aber auch, der Vorgängerregierung unter David McAllister unseren Dank und unsere Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen. Vielen Dank, Herr McAllister, und Ihnen persönlich alles erdenklich Gute!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Ja, es stimmt: SPD und Grüne verfügen im Landtag über eine Mehrheit von nur einer Stimme. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, täuschen Sie sich nicht! Wir sind ebenso entschlossen wie geschlossen,

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist unser Spruch!)

wenn es darum geht, Niedersachsen von dem Stillstand zu befreien, den Sie uns hinterlassen. Unsere Mehrheit steht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Thümmler, Sie haben nach der Wahl immer wieder betont, Ihre Fraktion stünde jederzeit bereit, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Björn Thümmler [CDU]: Was sollen wir machen, Frau Kollegin?)

Bei allem Respekt: Das ist peinlich und ein schlechter Witz.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümmler [CDU]: Frau Modder, was sollen wir machen?)

Ich empfehle Ihnen: Sie sollten sich jetzt erst einmal in der Opposition regenerieren.

(Björn Thümmler [CDU]: Ganz falsch! Das hätten ihr gerne!)

Nach zehn Jahren Regierung ist Ihre Truppe personell und ideell völlig ausgebrannt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Gönnen Sie sich die Ruhe! Das meine ich als Kollegin ganz ernsthaft. Kommen Sie Ihrer Verantwortung nach und machen Sie eine anständige Oppositionspolitik! Das erwarten nämlich auch die Menschen in Niedersachsen jetzt von Ihnen: dass Sie diesen Auftrag annehmen. Etwas mehr Nachdenklichkeit und etwas weniger Arroganz täten Ihnen, glaube ich, ganz gut.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch wenn es wehtut, ich muss es noch einmal sagen: Schwarz-Gelb ist abgewählt. Sie sind in der Opposition,

(Björn Thümmler [CDU]: Kurzfristig!)

und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümmler [CDU]: Frau Modder, sehr kurzfristig!)

Meine Damen und Herren, unter Ministerpräsident Stephan Weil wird die neue Landesregierung Niedersachsen wieder zukunftsfähig gestalten. Viele Versäumnisse aus der schwarz-gelben Zeit müssen angegangen und zugleich wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden.

(Björn Thümmler [CDU]: Konkret!)

Das ist eine große Herausforderung, die wir verantwortungsvoll angehen.

(Björn Thümmler [CDU]: Konkret! Wo?)

Bevor ich darauf eingehe, wie Rot-Grün Niedersachsen wieder nach vorne bringen wird, muss aber doch der eine oder andere Satz über die Vorgängerregierung verloren werden.

Lieber Kollege Thümmler, Sie haben hier gerade ausgiebig die Leistungen der abgewählten Regierung gepriesen und sich vergeblich an der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten abgearbeitet. Ich weiß, das hat Sie etwas überfordert. Aber wir nehmen es einmal so hin.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, es war schon ein bisschen peinlich, was Sie hier abgeliefert haben. Ich will es einmal so

sagen: Der Ministerpräsident a. D. David McAllister hätte das etwas pfiffiger hingekriegt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Frau Modder, man hat gesehen, dass Sie diesen Satz schon vor der Rede von Herrn Thümmler geschrieben haben!)

Aber schauen wir uns einmal an, was der Kollege McAllister an dieser Stelle einst versprochen hat. Er hat beispielsweise erklärt, Schwarz-Gelb werde besonders sparsam mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger umgehen.

(Björn Thümmler [CDU]: So ist das!)

Die Polizei werde von vollzugsfremden Aufgaben entlastet werden.

(Björn Thümmler [CDU]: So ist das!)

Schwarz-Gelb werde sich besonders um die Krankenhausversorgung in der Fläche kümmern.

(Björn Thümmler [CDU]: So ist das!)

Dann hat Herr McAllister an dieser Stelle u. a. auch noch ein Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft abgelegt.

(Lachen bei den GRÜNEN - Björn Thümmler [CDU]: So ist das!)

Erinnern Sie sich? - Jetzt kommt der Faktencheck.

Der Schuldenberg Niedersachsens ist unter Schwarz-Gelb um 20 Milliarden auf 60 Milliarden Euro gestiegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: Unglaublich! - Björn Thümmler [CDU]: Das sagt jemand, der von Haushaltspolitik keine Ahnung hat! Vergeblich! - Unruhe bei der CDU und bei der FDP - Glocke des Präsidenten)

- Schreien Sie ruhig! Es wird nicht besser, wenn man durch die Gegend schreit.

(Christian Dürr [FDP]: Mathematik! Eins und eins sind zwei und nicht vier! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Sie können sich das Schreien für den Schluss aufsparen. Es kommt noch mehr.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsens Polizeikräfte sind noch nie mit derart viel unnötiger Bürokratie von ihren Aufgaben abgehalten worden wie unter dem ehemaligen Innenminister Uwe Schünemann,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und das alles nur, damit die Statistik stimmt. Meine Damen und Herren, die Stimmung innerhalb der Polizei ist katastrophal.

(Christian Dürr [FDP]: Frau Modder, die Polizisten sind alle für die Kennzeichnungspflicht! Das habe ich schon aus der Polizei gehört!)

Gerade die Kliniken in den ländlichen Räumen kämpfen akut ums Überleben. In keinem anderen westdeutschen Bundesland fiel in den vergangenen Jahren die Krankenhausförderung so niedrig aus wie in Niedersachsen.

(Christian Dürr [FDP]: Was ist mit der Kennzeichnungspflicht? Sagen Sie doch einmal etwas dazu, Frau Modder!)

Die Agrarindustrie mit abhängigen Lohnmännern konnte unter Schwarz-Gelb in den vergangenen Jahren schalten und walten, wie sie wollte,

(Christian Dürr [FDP]: Was ist mit der Kennzeichnungspflicht? Das interessiert uns wirklich!)

zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher, die mit immer neuen Lebensmittelskandalen konfrontiert wurden.

(Christian Dürr [FDP]: Nicht am Redemanuskript kleben! Ein bisschen über die Fakten reden!)

Das ging auf Kosten der Landwirtschaft und ihrer Absatzchancen.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist langweilig!)

Wir werden das ändern im Dialog mit der Landwirtschaft und den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Frau Modder liest vor, was die Regierung aufschreibt!)

Meine Damen und Herren, das waren nur einige Beispiele.

(Christian Dürr [FDP]: Aber nicht die spannenden!)

In den vergangenen zehn Jahren ist hier etliches aus dem Ruder gelaufen.

(Christian Dürr [FDP]: Nein!)

- Sie sprechen doch gleich noch, Herr Dürr.

(Christian Dürr [FDP]: Die spannenden Beispiele, Frau Modder!)

Ihre Bewerbungsrede kommt doch gleich noch.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit lagen Welten. Die schwarz-gelbe Politik hat in vielen Bereichen die notwendige Balance verloren. Diese Balance werden wir wiederherstellen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben doch zuletzt nur noch mit den Hoffnungen der Menschen gespielt. Dabei waren Sie blank: keine Ziele, keine Visionen, keine Zukunftsperspektiven.

(Jörg Hillmer [CDU]: Das haben wir doch eben schon Herrn Weil vorgeworfen!)

Am 20. Januar ist die CDU nach einem inhaltsleeren Wahlkampf auf ein Tief von 36 % gerutscht,

(Christian Grascha [FDP]: Das sagt die Vertreterin einer Partei, die das zweitschlechteste Ergebnis in der Geschichte des Landes bekommen hat!)

12 Prozentpunkte weniger als vor zehn Jahren. Seitdem ist die Union in Niedersachsen auf der Suche nach sich selbst. Wie es aussieht, wird diese Suche auch noch ein bisschen dauern.

Die FDP hat sich im Landtag nur behaupten können, weil sie von einer selbstzerstörerischen Zweitstimmenkampagne der Union profitierte. Das ist so.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Wen sie wählen, das entscheiden die Wähler immer noch selbst, Frau Modder! Das entscheidet zum Glück nicht Rot-Grün! - Unruhe bei der CDU und bei der FDP - Glocke des Präsidenten)

Wie schwach und mit sich selbst beschäftigt sie in Wirklichkeit ist, sehen wir - - -

(Zurufe von der CDU und von der FDP - Anhaltende Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, ich darf doch um etwas Ruhe und Disziplin bitten. - Danke.

Johanne Modder (SPD):

Wie schwach und mit sich selber beschäftigt sie ist, sehen wir in den aktuellen Zeitungsberichten. Sie berichten von parteiinternen Ränkespielen gegen den FDP-Bundesvorsitzenden und von Versuchen, Umfragen zur Niedersachsenwahl zu manipulieren.

(Jörg Hillmer [CDU]: Haben Sie noch etwas zur Regierungserklärung von Herrn Weil zu sagen, oder war es das schon?)

Das macht deutlich: Der Regierungswechsel in Niedersachsen war dringend erforderlich. CDU und FDP haben sich nur noch mit sich selbst beschäftigt und die Regierungsarbeit liegen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Ich habe das nicht verstanden! Können Sie das wiederholen?)

Meine Damen und Herren, die neue Landesregierung unter Stephan Weil tritt mit einem Bündel von Maßnahmen an. Dabei setzen SPD und Grüne notwendige Prioritäten, z. B. in der Bildungspolitik. Wir machen endlich Schluss mit der Bildungsbarriere der Studiengebühren, die nur eingeführt wurden, um schwarz-gelbe Kürzungen im Wissenschaftsetat auszugleichen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Das ist der größte Unfug, den ich je gehört habe! Sie haben es nicht einmal begriffen!)

Diese Studiengebühren sind sozial ungerecht und haben dazu geführt, dass Hunderttausende junge Frauen und Männer Niedersachsen den Rücken gekehrt haben, um in anderen Bundesländern zu studieren.

(Christian Grascha [FDP]: So ein Schwachsinn!)

Wir machen Schluss mit den ideologisch begründeten Benachteiligungen von Gesamtschulen und mit der Bevormundung von Schulträgern vor Ort.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Wir ermöglichen es den Kommunen in Niedersachsen, ein Schulangebot vorzuhalten, das den Anforderungen und Wünschen der Menschen vor Ort entspricht.

Wir setzen auf Förderung und nicht auf Auslese.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsen darf nicht länger das Bundesland sein, in dem mehr Kinder von angemessenen Schulabschlüssen ausgeschlossen werden als anderswo.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie greifen unsere Gymnasien an!)

Wir setzen unsere Energie in den Ausbau der Kinderbetreuung, der unter Schwarz-Gelb stiefmütterlich behandelt worden ist.

(Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Vor sechs Jahren hatten Bund und Land den massiven Ausbau der Kinderbetreuung verabredet. Unter Schwarz-Gelb ist in Sachen Krippenausbau jahrelang nichts passiert, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Bis heute hinken wir im Ländervergleich hinterher. SPD und Grüne werden jetzt alles daransetzen müssen, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erfüllen zu können. Wir werden eine Initiative im Bundesrat starten, um das unsinnige Betreuungsgeld wieder abzuschaffen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Man muss sich das nur einmal vorstellen: Der Staat gibt Geld, damit Eltern ihre Kinder nicht in Tageseinrichtungen schicken, die man vorher mit großen finanziellen Anstrengungen eingerichtet hat.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Und sie dann wieder wegnehmen!)

Welch ein Unsinn!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Das ist ein Unterschied! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Frau Ross-Luttmann, Sie habe ich eigentlich in angenehmer Erinnerung! Ich glaube, Sie wollen gerade zur Zwischenschreierin des Jahres werden.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Die zentrale Aufgabe der neuen Landesregierung ist die Bewältigung des demografischen Wandels. Schwarz-Gelb hat die dramatischen Folgen des Bevölkerungsrückgangs in einigen Regionen unseres Landes durchaus verpennt. Dadurch verlieren diese Landesteile an Wirtschaftskraft, an Attraktivität und an Perspektiven für die Menschen. In einer Gegend mit schlechten Berufsaussichten und schlechten Entwicklungschancen bleiben junge Familien eben nicht. Die Einwohnerzahl schrumpft. Es ist ein Teufelskreis.

Nun ist diese Erkenntnis leider nicht neu. Eine Enquetekommission des Landtags hat von 2005 bis 2007 die Folgen des demografischen Wandels in allen Facetten beleuchtet. Es wurde über alles gesprochen: über die Aufrechterhaltung eines Gesundheitsangebots, über die Probleme, ein gutes, wohnortnahes Bildungs- und Kulturangebot sicherzustellen, über die kommunale Daseinsvorsorge, über die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, über den sich abzeichnenden Fachkräftemangel und über eine moderne Integrationspolitik.

Über alles wurde gesprochen. Doch was hat Schwarz-Gelb gemacht? Schwarz-Gelb hat den Bericht 2007, der nach meiner Meinung wirklich sehr gut war, einfach in der Schublade versenkt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, das nehme ich Ihnen auch persönlich sehr übel, und zwar nicht nur, weil ich zweieinhalb Jahre in der Kommission saß, sondern weil Sie ganz einfach sehr viel Zeit vertan haben.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Nein!)

- Doch.

(Zurufe von der CDU)

Die neue rot-grüne Landesregierung wird sich dieses Themas mit aller Ernsthaftigkeit annehmen. Die Regionalentwicklung wird zur Chefsache.

(Ulf Thiele [CDU]: Ja, nein, ja, nein, doch, nein, ja!)

- Herr Thiele muss die Partei wieder ein bisschen zusammenholen. Der General hat genug zu tun. Er sollte sich mal ein bisschen zurückhalten.

(Zurufe von der CDU)

Mit den Akteuren vor Ort werden wir im Dialog regionale Entwicklungspläne erarbeiten, damit Junge und Alte in allen Regionen Niedersachsens wieder positive Zukunftsperspektiven haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das hört sich zunächst einmal abstrakt an. Es geht schlicht darum, dass wir alles dafür tun müssen, damit sich mehr junge Männer und Frauen dazu entscheiden, ihre Existenz in Niedersachsen aufzubauen und in Niedersachsen zu bleiben. Es geht darum, durch soziale und gesundheitspolitische Maßnahmen dafür zu sorgen, dass hier auch ältere Menschen gut und selbstbestimmt leben können. Unter Schwarz-Gelb haben sich die Lebensbedingungen in Niedersachsen so sehr verschlechtert,

(Zuruf von der CDU: Verbessert! - Weitere Zurufe von der CDU)

dass wir inzwischen die niedrigste Geburtenrate in ganz Deutschland haben.

(Zurufe von der CDU - Unruhe)

Von dem Pflegenotstand will ich erst gar nicht reden. Das ist eine Schande.

(Zurufe von der CDU)

Das will ich jetzt hier ganz deutlich sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Daran werden wir Sie messen, Frau Modder!)

Wir wollen, ja wir müssen die Lebensqualität in Niedersachsen wieder steigern. Über ein modernes Betreuungs- und Schulangebot habe ich bereits gesprochen. Aber zur Lebensqualität gehört noch mehr. Menschen fühlen sich dort wohl, wo es gerecht zugeht. Deshalb ist das Thema soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen aktueller denn je.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir dulden keine Arbeitsverhältnisse mehr, mit denen Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer ausgebeutet werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir dulden keine ärztlichen Versorgungsstrukturen mehr, die große Lücken aufweisen und nicht allen offenstehen. Wir dulden keine Engpässe bei der Pflege mehr, weil es zu wenige Pflegekräfte gibt und diese auch noch jämmerlich vergütet werden.

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben das zehn Jahre lang geduldet. Wir gehen dagegen an.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir setzen uns für einen flächendeckenden Mindestlohn ein und werden den Entwurf für ein Gesetz vorlegen, das die Auftragsvergabe durch Landesbehörden an Dumping-Unternehmen verbietet. Wir werden dafür sorgen, dass der Mangel an Ärzten in ländlichen Regionen behoben wird.

(Zurufe von der CDU - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Modder, einen Moment, bitte!

Johanne Modder (SPD):

Wir werden dafür sorgen, dass die Pflegebedürftigen die Pflege und Betreuung erhalten, die sie benötigen, egal in welcher Region Niedersachsens sie leben. Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr stärken, damit alle Menschen in Niedersachsen - insbesondere in den ländlichen Regionen - mobil bleiben oder werden.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden eine Wirtschaftsförderungspolitik betreiben, die sich an regionalen Gegebenheiten und vor allem Notwendigkeiten orientiert.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zur Lebensqualität gehört auch die Frage, wie unterschiedliche Interessen miteinander in Einklang zu bringen sind. Nehmen wir die Landwirtschaft. Schwarz-Gelb hat zehn Jahre lang eine Form der Agrarwirtschaft gefällig gefördert, die Unruhe und teilweise sogar Unfrieden in die Regionen getragen hat. Unter

CDU und FDP hat die Landwirtschaftspolitik die Balance verloren.

(Björn Thümmler [CDU]: Bitte?)

Sie haben eindeutig die Agrarindustrie bevorzugt

(Björn Thümmler [CDU]: Falsch!)

und damit einen Keil in die Bevölkerung der ländlichen Regionen unseres Landes getrieben. Ich nenne nur die Stalldichte als Thema.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümmler [CDU]: Das ist falsch! Das ist unwahr!)

Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass diese Balance wiederhergestellt wird. Das wird nicht einfach sein. Dafür brauchen wir einen breiten und intensiven Dialogprozess mit der Landwirtschaft und den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Diesen Dialog werden wir sehr schnell aufnehmen.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, auch in der Innenpolitik ist einiges völlig aus dem Gleichgewicht geraten. Die Ausländer- und Zuwanderungspolitik des Herrn Schünemann war auf Spalten, Abgrenzen und Abschieben angelegt.

Der Name Schünemann steht für eine Politik, die nicht davor zurückschreckte, Familien bei Nacht und Nebel auseinanderzureißen und Familienzusammenführungen mit inhumanen bürokratischen Tricks zu verhindern. Ich möchte nur an das Schicksal der Gazale Salame erinnern, die jahrelang von ihren Kindern getrennt war. Sie steht beispielhaft für Dutzende weiterer Schicksale.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie ist übrigens immer noch nicht in Niedersachsen, obwohl es einen einstimmigen Beschluss gibt. Das sollte Sie zum Nachdenken anregen.

(Zuruf von der SPD: Zum Schämen ist das!)

Der Name Schünemann steht auch für politisch motivierte Willkür. Muslime in Niedersachsen wurden von ihm unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung schikaniert und stigmatisiert. Er brach mit den verdachtsunabhängigen Moscheekontrollen sogar die Verfassung. Die Einbürgerung einer seit ihrer Geburt in Deutschland lebenden jungen Frau, die sich politisch bei den Linken engagierte, ließ Schünemann über Jahre verschleppen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die ehemalige Sozialministerin, Frau Özkan, ließ sich von Schünemann vorschreiben, wen sie integrieren durfte, und hat dazu geschwiegen. Ich glaube, das war ihr größter Fehler.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Kollege McAllister, Sie haben dem Reporter der *Welt* bei einem bemerkenswerten Maschsee-Spaziergang nach der Wahl in den Block diktiert,

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist Vergangenheitsbewältigung!)

die Innenpolitik Schünemanns sei falsch gewesen. Nach der Wahl hätten Sie das geändert. - Falsch, Herr McAllister. Vor der Wahl hätten Sie eingreifen müssen - weit vor der Wahl.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Haben Sie nicht die Hilferufe der Kirchen, der Sozialverbände und vor allem der Betroffenen gehört? - Aber Sie hatten nicht den Mut. Sie haben es laufen lassen, wie so viele andere Dinge auch.

(Ulf Thiele [CDU]: Frau Modder, Sie sind nicht mehr in der Opposition! Das wissen Sie!)

Die Kolleginnen und Kollegen der FDP müssen sich fragen lassen, warum sie nicht auf die Barrikaden gegangen sind. Sie tragen die Bürgerrechte doch immer so leicht auf ihrer Zunge. Hier in Niedersachsen sind sie zehn Jahre lang treu neben dem harten Hund Schünemann hergetrottet. Das ist ihr größtes Versagen gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dennoch, meine Damen und Herren, lade ich das ganze Hohe Haus ein, gemeinsam mit uns eine neue Migrationspolitik für Niedersachsen zu erarbeiten. Die neue rot-grüne Landesregierung wird auch in der Innenpolitik die Balance wieder herstellen. Eine menschliche Migrationspolitik zu gestalten, steht für uns dabei an zentraler Stelle. Anstelle einer Politik des Misstrauens und der Feindseligkeit wird es eine Willkommenskultur geben. Niedersachsen kann es sich nicht leisten, Zuwanderer weiterhin arrogant und abweisend zu behandeln. Wir stehen im Wettbewerb mit den anderen Ländern. Wir müssen unser Land attraktiv machen für Menschen, die zu uns kommen wollen, die in unse-

rer Mitte leben wollen, die unsere Gesellschaft bereichern und damit zukunftsfester machen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die neue Landesregierung macht die Migrationspolitik zur Chefsache. Dazu wird die Position einer Migrationsbeauftragten direkt in der Staatskanzlei angesiedelt.

(Zurufe von der CDU)

Darüber hinaus treten wir in Verhandlungen mit den muslimischen Verbänden, über den Abschluss eines Staatsvertrages zu verhandeln.

(Weitere Zurufe von der CDU)

- Ihre Zwischenrufe, Herr Thiele, finde ich manchmal wirklich ehrabschneidend. Sie sollten sich wirklich einmal Gedanken darüber machen, welche Zwischenrufe Sie machen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Frau Kollegin, das hat sie selbst gesagt! Das ist ein Zitat gewesen!)

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftspolitik der vergangenen zehn Jahre hatte keinen roten Faden. Leuchtturmprojekte wie der JadeWeserPort wurden von Schwarz-Gelb nachlässig und lustlos behandelt. Der Offshorebranche an der Küste drohen nach den Pleiten bei BARD und den Nordseewerken in Emden sowie bei CSC in Cuxhaven - - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schätze sehr die Leidenschaft des Parlaments. Ich bitte hier aber um Fairness und um etwas mehr Ruhe. - Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Der Offshorebranche an der Küste drohen nach den Pleiten bei BARD und den Nordseewerken in Emden sowie bei CSC in Cuxhaven weitere schmerzhaftige Rückschläge.

Stattdessen bedienten die FDP-Wirtschaftsminister Hirche, Rösler und Bode lieber die Interessen ihrer Freunde. Denen wurde beispielsweise mit der

Öffnung des Glücksspielmarktes tüchtig geholfen. Einzelnen Unternehmensfreunden wurden Direktsubventionen in Millionenhöhe zugeschustert.

(Christian Dürr [FDP]: Erinnern Sie sich eigentlich noch an Ihr eigenes Abstimmungsverhalten, Frau Modder?)

Mit der Förderung der Firmen CEMAG und Beluga hat sich schon der Landesrechnungshof beschäftigt. Staatsanwaltschaften ermitteln weiterhin. Die Aufarbeitung ist noch nicht vorbei. Ich bin gespannt, was noch an die Oberfläche kommt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die neue rot-grüne Landesregierung wird auch hier eine Korrektur vornehmen müssen. Insbesondere die Wirtschaftsförderung wird neu ausgerichtet werden. Wirtschaftspolitik ist mehr als Vetternwirtschaft und Ankündigungsaktionismus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben dafür ein integriertes Konzept von der Bildungspolitik über die Politik für gute Arbeit bis hin zu passgenauen Förderkonzepten.

(Christian Dürr [FDP]: Das muss aber erst in der Kommission beraten werden! Oder?)

Meine Damen und Herren, Niedersachsens Zukunft steht und fällt mit der Entwicklung der Staatsfinanzen. Unter Schwarz-Gelb hat sich der Zuwachs bei der Staatsverschuldung beschleunigt. Ich habe bereits darauf hingewiesen. In zehn Jahren hat die Schuldenlast um 50 % zugenommen. Die Rezepte von CDU und FDP haben nicht gewirkt. Am Ende haben Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der Opposition, eine Finanzpolitik betrieben, die auf unhaltbare Versprechen und Legenden setzte.

(Zustimmung bei der SPD)

Eineinhalb Jahre lang haben wir Gespräche über die Einführung der Schuldenbremse in der Landesverfassung geführt. Ich sage ausdrücklich: Dieser Schritt muss gegangen werden und ist unstrittig. - Ihre Vorstellung allerdings, die Nettoneuverschuldung bereits im Jahr 2017 auf Null herunterfahren zu können, hat mit der Wirklichkeit überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Kassieren Sie gerade den Mi-

nisterpräsidenten? - Weitere Zurufe von der CDU)

- Soll ich Ihnen etwas sagen? - Sie haben es nur gemacht, damit die FDP ein Wahlkampfthema hatte. Sie haben es selber nicht gewusst.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: Sie haben gerade Herrn Weil kassiert! - Reinhold Hilbers [CDU]: Kokoloeres! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, Frau Kollegin!

Johanne Modder (SPD):

Angesichts eines strukturellen Defizits von rund 1 Milliarde Euro jährlich, angesichts einer unsicheren Entwicklung der Steuereinnahmen und der Zinsentwicklung musste allen klar sein: 2017 ist realistisch nicht zu erreichen.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist Quatsch!)

Aus internen Unterlagen des Finanzministeriums vom Dezember des vergangenen Jahres geht inzwischen hervor, dass die dortigen Fachleute genauso skeptisch waren wie wir.

(Jens Nacke [CDU]: Sie kassieren den Ministerpräsidenten! - Björn Thümler [CDU]: Fragen Sie einmal Herrn Ellerbrock!)

Trotzdem haben Sie, meine Damen und Herren, an einem Lügengebäude festgehalten mit dem Ziel, die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen zu täuschen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Was heißt hier denn „Lügengebäude“? Das ist doch unverschämt!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Kollegin, einen Moment! - Das Wort „Lügengebäude“ ist nicht unparlamentarisch

(Björn Thümler [CDU]: Aber sicher!)

und somit zugelassen.

(Jens Nacke [CDU]: Wie bitte? Das ist aber ein neuer Stil, Frau Präsidentin! Der Begriff „Lüge“ war bisher immer

unparlamentarisch! Das ist ein neuer Stil!)

Frau Modder, fahren Sie fort!

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Herr Nacke, mit Ihnen über den Stil in diesem Haus zu diskutieren, ist ein bisschen schwierig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die neue rot-grüne Landesregierung kehrt zurück auf den Boden einer realistischen Finanzpolitik. Wir werden nach einem Kassensturz Einnahmen und Ausgaben des Landes auf den Prüfstand stellen. Wir werden das knappe Geld dort einsetzen, wo unsere politischen Schwerpunkte sind: im Bildungsbereich, bei der Wirtschaftsförderung und im sozialen Bereich.

Und ja: Wir werden auch die Einnahmen des Staates sozial ausgewogen erhöhen müssen. Sie wissen doch selbst, dass dem Land Geld fehlt. Mit Luftbuchungen à la CDU/FDP lässt sich eben keine Gesamtschule finanzieren. Wir werden diese Tricks nicht wiederholen, sondern eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Tagen ist wieder einmal viel über Gorleben gesprochen worden. Es gibt starke Kräfte, die den Salzstock im Wendland lieber heute als morgen als Endlager für radioaktiven Müll festschreiben wollen. Das wollen wir nicht. Aktuell geht es um einen Entwurf für ein Endlagersuchgesetz, das der Bundesumweltminister vorgelegt hat und in dem Gorleben weiterhin eine Rolle spielt. Ich bin Stephan Weil und Stefan Wenzel dankbar dafür, dass sie in der Gorlebenfrage klare Kante zeigen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Welche denn? Welche Kante denn?)

Endlich bezieht eine niedersächsische Landesregierung eine eindeutige Position.

(Jens Nacke [CDU]: Wo waren Sie gestern Nachmittag, Frau Modder?)

Gorleben ist als Endlagerstandort ungeeignet und muss deshalb aus der Endlagersuche herausgenommen werden. Punkt!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Das hat die Konsistenz eines Wackelpuddings!)

Das Rumeiern an dieser Stelle ist vorbei. Niedersachsens Interessen werden endlich wieder eindeutig vertreten. Niedersachsens klare Position wird nicht zum Abbruch der Gespräche führen - ganz im Gegenteil. Lediglich das unwürdige Geschacher der vergangenen Jahre, bei dem Niedersachsen drohte, unter die Räder zu kommen, wurde beendet. Deswegen nochmals mein Dank an Stefan Wenzel und an Stephan Weil.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Ende meiner Ausführungen noch ein paar Bemerkungen zum Thema Fairness.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist was! - Gegenruf von Miriam Staudte [GRÜNE]: Das kennen Sie gar nicht!)

- Das ist ein Fremdwort für Sie, ich weiß.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

SPD und Grüne werden einen neuen Politikstil pflegen,

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das haben wir gerade gemerkt! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

der gegenüber allen Akteuren innerhalb und außerhalb des Parlaments von gegenseitigem Respekt geprägt sein wird.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Damit werden wir Sie immer gern zitieren!)

Was meine ich damit konkret? - Mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, möchte ich gerne einige Zitate aus Zeitungen der vergangenen Jahre dazu vortragen. Ich werde den Zitatgeber, der auf der rechten Seite des Hohen Hauses sitzt, nicht namentlich benennen. Das ist, glaube ich, auch gar nicht nötig.

Äußerungen, die den politischen Gegner als „Penner von gestern“ bezeichnen,

(Zuruf von David McAllister [CDU])

als „Oberschlaue, die Mist erzählen“, oder gar damit drohen, jemand würde etwas „auf die

Schnauze kriegen“, wenn er frech würde, haben wir lange genug ertragen müssen.

(Zuruf von David McAllister [CDU])

- Er ist auch noch stolz darauf. Das ist der Stil.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Sie müssen auch „faule Säcke“ und „Gedöns“ zitieren!)

Diese Art des politischen Umgangs werden SPD und Grüne gewiss nicht übernehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, genau das unterscheidet uns, und deswegen bin ich so stolz, dass ich auf dieser Seite des Hauses sitze.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe: Wir auch! - Ulf Thiele [CDU]: Das ist wohl auch besser so!)

Wir werden - bei allem politischen Streit, der engagiert und auch heftig um die Sache geführt werden wird - den Respekt, den der Landtag und seine Mitglieder verdienen, achten. Genauso fair werden wir den Dialog mit den Akteuren in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens suchen.

Meine Damen und Herren, die neue rot-grüne Landesregierung steht vor großen Herausforderungen. In den Vorjahren wurde leider viel Zeit vertan. Es gibt viel anzupacken und besser zu machen. Also: An die Arbeit!

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Aussprache fortfahren, möchte ich dem Abgeordneten Bode zu einer **persönlichen Bemerkung** nach § 76 der Geschäftsordnung das Wort erteilen.

Ich lese diese Bestimmung - auch für unsere neuen Kolleginnen und Kollegen - einmal im Wortlaut vor:

„Einem Mitglied des Landtages, das sich zu einer persönlichen Bemerkung zum Wort gemeldet hat, ist das Wort auch nach Schluss der Besprechung zu erteilen. Das Mitglied des Landtages darf in der persönlichen Bemerkung nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen es gerichtet wurden, oder eigene Ausführungen be-

richtigen. Es darf nicht länger als fünf Minuten sprechen...”

Bitte, Herr Bode, Sie haben das Wort.

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Modder, ich habe mich zur Abgabe der persönlichen Erklärung entschlossen, weil Sie viel über Fairness in Ihrem Wortbeitrag gesprochen haben.

Sie haben mich namentlich in Ihrer Rede - auch im Zusammenhang mit den Amtsvorgängern Rösler und Hirche - erwähnt und mir in Ihrer Rede sinngemäß unterstellt, in der Amtszeit rechtswidrig Zuschüsse oder Vergünstigungen an Freunde ausgezahlt zu haben. Sie haben staatsanwaltschaftliche Ermittlungen in den Raum gestellt.

Ich stelle klar, dass ich zu keinem Zeitpunkt in meiner Amtszeit als Wirtschaftsminister rechtswidrige Zahlungen an irgendjemanden angeordnet habe, schon gar nicht an persönliche Freunde oder Bekannte. Ich stelle weiter fest, dass mir keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen meine Person bekannt sind, übrigens auch nicht gegen meine beiden Amtsvorgänger.

Ich finde die Darstellung, die Sie mit meinem Namen vollzogen haben, ehrabschneidend und fordere Sie auf, die Unterstellung zurückzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Herzlichen Glückwunsch, Frau Modder!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir mit der Aussprache fortfahren, teile ich der SPD-Fraktion mit, dass sie noch eine Restredezeit von zehn Minuten hat.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Die Zeit würde ausreichen, um sich zu entschuldigen! - Jens Nacke [CDU]: Schwach, Frau Modder! - Christian Grascha [FDP]: Das ist der neue Stil! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir können jetzt mit der Aussprache fortfahren. Ich erteile dem Abgeordneten Birkner das Wort für die FDP-Fraktion.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, zunächst darf ich Ihnen im Namen der FDP-Fraktion zu Ihrer Wahl

zum Ministerpräsidenten am gestrigen Tage recht herzlich gratulieren.

Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen wie auch die Regierungserklärung sind Ausdruck überraschender Rat- und Konzeptlosigkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Abgesehen von wenigen Ausnahmen bleiben Sie, Herr Ministerpräsident, bei wichtigen Punkten im Vagen und Ungefährten oder beschränken sich auf eine globale Beschreibung von Herausforderungen, die ohnehin offen auf der Hand liegen und jedermann bekannt sind.

Frau Modder, Ihr Beitrag hat sich im Wesentlichen mit den ehemaligen Regierungsfractionen FDP und CDU befasst. Sie haben auch nicht wirklich gesagt, wohin Sie eigentlich wollen, welche Rolle die SPD-Fraktion in ihrer neuen Funktion wahrnehmen will und wo Sie ihre Gestaltungsmöglichkeiten sehen. Auch hier bleiben Sie blass.

Dass Sie die Gelegenheit eben nicht genutzt haben, richtig- und klarzustellen, dass es kein Angriff war, der gegen die Fairness verstößt, spricht für sich und wirft kein gutes Licht auf die zukünftige Legislaturperiode und Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie können nicht auf der einen Seite Fairness predigen und dazu auffordern und auf der anderen Seite solche persönlichen, diffamierenden und unredlichen Angriffe auf uns als FDP, aber auch auf einzelne Akteure machen und dann so tun, als sei nichts gewesen. Ich hoffe, Sie nutzen die restlichen zehn Minuten, die Sie haben, um dies klarzustellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, konkrete Maßnahmen und Entscheidungen kennen wir nicht. Die Regierungsfractionen und die Landesregierung lassen im Dunkeln, was sie im Detail eigentlich vorhaben, was ihre Politik ganz konkret für die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen mit sich bringt.

So ist es beim demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel, dem Klimawandel, der Energiewende, der Infrastrukturpolitik und auch bei der für Niedersachsen so wichtigen Frage, wie es denn nun wirklich mit Gorleben weitergehen soll.

Und da, wo es dann ausnahmsweise mal etwas konkreter wird - bei der Schul- und Haushalts-

politik -, geht es komplett in die falsche Richtung, und das mit doppeltem Tempo.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident erweckt hier im Landtag - wie er das auch schon im Wahlkampf getan hat - den irreführenden Eindruck bestimmter Defizite in Niedersachsen. Wir sind doch längst viel weiter. Im Gegensatz zu Rot-Grün haben wir als FDP gemeinsam mit der CDU in all den angesprochenen Feldern längst konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht und eben auch Entscheidungen getroffen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Entweder, Herr Ministerpräsident, wissen Sie es nicht besser, oder aber Sie ignorieren das, weil Sie ansonsten eingestehen müssten, dass CDU und FDP ausgesprochen erfolgreich regiert und Niedersachsen zukunftsfest gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auch im Namen der FDP-Fraktion danke ich den Kolleginnen und Kollegen der CDU und insbesondere den ehemaligen Ministerpräsidenten Wulff und McAllister für die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit in den letzten zehn Jahren. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dass die neue Landesregierung ideen- und planlos ist, zeigt sehr eindrucksvoll der Blick auf die zahlreichen Konzepte und Strategien, von denen Sie meinen, dass man sie erst noch entwickeln muss, um überhaupt Politik gestalten zu können. Ein Blick in den Koalitionsvertrag ist da wirklich erhellend: Moorschuttkonzept, Tierwohlkonzept, Maßnahmenkonzept zur Umsetzung des 7. Umweltaktionsprogramms der EU, integrierte Mobilitätskonzepte, intelligente Mobilitätskonzepte, neue Fortbewegungskonzepte, Konzept für norddeutsche Häfen - - -

(Zurufe von der FDP und bei der CDU)

- Der Herr Ministerpräsident hat offensichtlich kein Interesse daran, weiter an der Aussprache über die Regierungserklärung teilzunehmen. Auch das, meine Damen und Herren ist eine Frage des Stils und des Umgangs in diesem Parlament!

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Feigling! - Ministerpräsident Stephan Weil

betritt den Plenarsaal - Zurufe von der CDU: Ah!)

- Herr Ministerpräsident, ich freue mich, dass Sie an dieser Landtagssitzung wieder teilnehmen. Auch Sie haben hier auf die Zusammenarbeit Wert gelegt, sind dann aber bei der Aussprache über die Regierungserklärung nicht anwesend.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist absolut stilllos! Das gehört sich nicht! - Gegenrufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, zurück zur Sache: Konzepte stehen über allem, man weiß offensichtlich noch nicht so recht, wohin man will. Ich setze fort - ich bin bei dem intelligenten Mobilitätskonzept gewesen -: Es sollen neue Fortbewegungskonzepte entwickelt werden, auch ein Konzept für norddeutsche Häfen. Es findet sich auch ein Konzept für niedersächsische Häfen, ein Handlungskonzept für die Entwicklung der Väterarbeit, Konzepte für die Kulturszene, Konzepte zur Stärkung von Öffentlichkeit und Transparenz, Entwicklungskonzept „Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung“, Strategie für die biologische Vielfalt, Strategie „Gender Budgeting“ - Herr Schneider, ich bin gespannt, wie Sie das dann umsetzen werden - ,

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Open-Access-Strategie,

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Masterplan Sozialwirtschaft Niedersachsen, Masterplan soziale Gesundheitswirtschaft, Masterplan Tourismus, Masterplan Gender-Mainstreaming, Strategie zum Bienenschutz und - mein persönliches Highlight - die Eiweißstrategie.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, man muss sich klarmachen, was das bedeutet. Für jedes dieser Themen wird es Kommissionen, Steuerungs-, Lenkungs- und Arbeitsgruppen geben. Dafür werden neue Stellen und Bürokratien geschaffen werden. Und solche Kommissionen neigen im Übrigen dazu, sich mit sich selbst zu beschäftigen, während die Zeit ins Land zieht und Probleme auf konkrete Lösungen warten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Rot-Grün flüchtet sich in die Erarbeitung von Konzepten, Plänen und Strategien. Auf diese Weise

bürokratisieren und verlangsamen Sie die notwendigen politischen Entscheidungen in unverantwortlicher Art und Weise. Dies führt zu Stillstand statt Fortschritt, und das schadet Niedersachsen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dass Rot-Grün das auch genau so will, zeigt der Koalitionsvertrag. Dort wird nämlich schon einmal vorgebaut, indem man darauf hinweist, dass der Koalition eben nicht alles von heute auf morgen gelingen könne, weshalb ihr Blick über die Zeit dieser Legislaturperiode hinaus gehe. Mit anderen Worten, meine Damen und Herren: Rot-Grün weiß schon heute, dass es in den nächsten fünf Jahren nicht viel hinkriegen wird.

Das zeigt, dass dieser Koalitionsvertrag den Wählerinnen und Wählern eben nicht verrät, was sie in den nächsten fünf Jahren von der neuen Landesregierung zu erwarten haben. Und auch die Regierungserklärung hat uns da nicht weitergebracht.

(Jens Nacke [CDU]: Ein Lügengebäude ist das!)

Dieser Koalitionsvertrag ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Hinblick darauf, was Rot-Grün in Niedersachsen und mit Niedersachsen tatsächlich vorhat und was Ministerpräsident Weil will, nicht das Papier wert, auf dem er steht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Nicht einmal beim Titel ist Ihnen etwas Originelles eingefallen; denn er ist ein Plagiat. Sie haben ihn einfach von Ihren rot-grünen Freunden auf Bundesebene aus dem Jahr 2002 übernommen.

(Johanne Modder [SPD]: Das war schon damals gut!)

Meine Damen und Herren, der größte politische Wert des Koalitionsvertrages liegt für Rot-Grün daher offenkundig darin, die Einstimmenmehrheit für die Wahl von Stephan Weil zum Ministerpräsidenten zu sichern. Nichts ist entschieden, alles bleibt offen, und jeder findet sich wieder - irgendwie und irgendwo. Wie lässt sich sonst erklären, dass der SPD-Parteitag, auf dem der Koalitionsvertrag gebilligt wurde, nicht einmal zwei Stunden gedauert hat?

(Petra Tiemann [SPD]: Weil der Koalitionsvertrag einfach gut ist! Über Qualität muss man nicht lange diskutieren!)

Das, meine Damen und Herren, ist aber zu wenig für eine Landesregierung und einen Ministerpräsi-

denten, der nur eine Stimme Mehrheit hat und dieses Land führen und große Herausforderungen bewältigen will. Und es ist zu wenig für eine SPD, die 10 Jahre in der Opposition die Gelegenheit hatte, konkrete Ideen und Konzepte zu entwickeln, und für Grüne, die sogar 19 Jahre Zeit hatten.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung ausgeführt, dass Sie der Auffassung seien, dass Bildung im Vordergrund stehen müsse und wir keinen vordergründigen Streit um Schulstrukturen bräuchten. Recht haben Sie! Leider tun Sie aber genau das Gegenteil.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es fehlt ein klares Bekenntnis, alle Ressourcen im Bildungssystem zu belassen, wie CDU und FDP es getan haben. Rot-Grün gibt offen zu, die demografische Rendite auch im Bildungsbereich abschöpfen zu wollen.

(Renate Geuter [SPD]: Wo steht das?)

Das bedeutet im Ergebnis, dass massiv Lehrerstellen gestrichen werden sollen, weil die Schülerzahlen zurückgehen. Also bis zu 10 000 Lehrer weniger in Niedersachsen bis 2018! Meine Damen und Herren, da folgt Herr Weil Herrn Kretschmann auf dem Fuße.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie wollen das Sitzenbleiben abschaffen und nennen das „Lernen ohne Angst“. Das ist sozialromantische Bildungspolitik.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Es geht um nicht weniger als das Ende des leistungsgerechten Bildungswesens. Bei Rot-Grün sollen die Kinder nur noch lernen, dass der Staat auch ohne eigene Anstrengungen für sie sorgt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Integrierten Gesamtschulen sollen bevorzugt und ersetzend zugelassen werden, was nichts anderes bedeutet, als dass rot-grüne Ratsmehrheiten in die Lage versetzt werden, einzelnen Gymnasien endgültig den Todesstoß zu geben und sie zu schließen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das, was an unserem Konzept der Oberschule immer von allen Seiten gelobt wurde, nämlich die Freiheit in der pädagogischen Organisation, wird quasi abgeschafft, indem vorgegeben wird, dass die Oberschulen künftig nur noch jahrgangsbezogen und nicht mehr leistungsdifferenziert arbeiten dürfen. Damit wird die Oberschule de facto zur Gesamtschule.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Und: Bei der Inklusion will Rot-Grün die Förderschulen abschaffen. Eltern von Kindern mit Behinderungen müssen aber das Recht haben, sich auch für eine Förderschule zu entscheiden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es kann doch nicht sein, dass Rot-Grün immer den Elternwillen hochhält, aber am Ende, wenn es darauf ankommt, den Eltern verbieten will, ihr Kind auf eine Förderschule zu schicken.

Unterm Strich heißt das: Rot-Grün legt die Axt ans differenzierte Bildungssystem. Rot-Grün schafft die Förderschulen ab. Am Ende gibt es nur Einheitschulen für Einheitskinder.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, das, was Sie da machen, ist deshalb exakt das Gegenteil von dem, was Sie behaupten zu tun. Es ist nämlich nichts anderes als der Kampf um die Schulstrukturen, den Sie offensiv aufnehmen.

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Wovon träumen Sie sonst noch?)

Meine Damen und Herren, dass die Infrastrukturpolitik ein schwieriges Feld für rot-grüne Regierungskoalitionen ist, das wissen wir. Dies zeigt sich auch in dem Umfang, den dieses für Niedersachsen so wichtige Thema in der Regierungserklärung eingenommen hat: Ganze zwei Sätze war es dem Herrn Ministerpräsidenten wert. Vermutlich waren mehr auch nicht konsensfähig innerhalb der Koalition.

Es ist schon bemerkenswert, dass die Grünen, die sich vor Ort vor der Wahl massiv gegen die beiden Autobahnprojekte A 20 und A 39 ausgesprochen haben, in den Koalitionsverhandlungen schnell eingeknickt sind. Die Grünen haben mal eben zwei Autobahnen gegen vier Ministerposten getauscht.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aber noch entlarvender ist es, wenn man sich einmal genau anschaut, wie geschickt SPD und Grüne die Öffentlichkeit täuschen wollen. Bei der A 39 versuchen sie wieder einmal, sich einen schlanken Fuß zu machen und eine klare Positionierung zu vermeiden, damit eben jeder der beiden Koalitionäre das Gesicht wahren kann und die Einstimmenmehrheit am Ende nicht gefährdet wird.

Die Grünen argumentieren, dass die Planungskosten für die A 39 zurückgefahren wurden und dass der Ausbau der B 4 ja beim Bund beantragt wird. Was aber nicht deutlich gesagt wird, ist, dass der Bund den Ausbau der B 4 gar nicht zusagen kann, weil der Ausbau A 39 nämlich als vorrangiger Bedarf im Bundesverkehrswegeplan steht. So wird schön der Schwarze Peter zum Bund geschoben. Die Planung ist verlangsamt.

Die SPD kann hingegen darstellen, dass ja weitergeplant wird. Und als Ergebnis verordnet die rot-grüne Koalition bei dem wichtigen Thema fünf Jahre Stillstand, damit der Koalitionsfrieden gewahrt bleibt.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Notwendigkeiten der Menschen vor Ort sind dabei völlig egal. Einzig und allein zählen der Machterhalt und die Machtgewinnung. Meine Damen und Herren, das ist der neue Stil dieser Landesregierung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Titel „Erneuerung und Zusammenhalt“ des Koalitionsvertrags ist - ich sagte es schon - identisch mit dem Titel von Rot-Grün im Bund 2002. Der prägende Geist ist aber ein anderer. Hat die Regierung Schröder zumindest in Teilen mutige Strukturreformen umgesetzt, die die Menschen entlastet und Weichen für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestellt haben, so hat Rot-Grün hier in Hannover exakt das Gegenteil vor: Gewerbesteuer, Grundsteuer, Wasserentnahmegebühr, Förderabgabe, Rohstoffförderabgabe, Grunderwerbsteuer.

SPD und Grüne wollen an allen Schrauben für Steuern und Abgaben drehen, und zwar nach oben. Aber das reicht noch nicht. Weil man auf Landesebene so wenig abkassieren kann, wollen sie auch gleich auf Bundesebene jede Möglichkeit nutzen, um den Menschen noch tiefer in die Tasche zu greifen: Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Einkommensteuer. Das ganze rot-grüne Folterinstrumentarium der Steuerpolitik fin-

det auch die neue Regierungskoalition in Niedersachsen prima.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Erkenntnis, dass eine nachhaltige Konsolidierung von Haushalten insbesondere auf der Ausgabenseite zu erfolgen hat, beschränkt sich bei Rot-Grün auf eine erneute Aufgabenkritik, meine Damen und Herren, von der Sie doch ganz genau wissen, dass da nicht mehr viel zu holen ist. Fragen Sie doch einmal die Kolleginnen und Kollegen in dieser Landesregierung und auch die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, was wir als CDU und FDP in den vergangenen zehn Jahren hier bereits erreicht und getan haben! Deshalb, meine Damen und Herren, ist dieses Argument ein reines Feigenblatt, das verdecken soll, dass man zu einer echten Haushaltsdisziplin so, wie wir es gemacht haben, gerade nicht bereit und willens ist.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

SPD und Grüne wissen auch, dass selbst all die Steuererhöhungen nicht reichen werden, um die vielen teuren Wahlversprechen zu finanzieren. Deshalb haben Sie auch gleich noch klargestellt, wo Sie sonst noch Geld auftreiben wollen: Schulden. Der beherzte Griff nach neuen Schulden ist für SPD und Grüne eine ganz normale Politikoption.

(Björn Thümmler [CDU]: So ist es!)

Schuldenbremse? Generationengerechtigkeit? Sparsamkeit? - Weit gefehlt. Der Ministerpräsident wurde gefragt, ob er die Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung, die Schwarz-Gelb eingeführt hat, wieder abschaffen wolle. Er antwortete - ich zitiere -: „Gehen Sie davon aus, dass wir uns an dieser Stelle eine Korrektur vorbehalten.“

(Christian Dürr [FDP]: Aha!)

Meine Damen und Herren, damit wissen wir es: Rot-Grün will bis 2020 weiter fröhlich Schulden machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das können auch der Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung nicht entkräften. In beiden geht es nämlich nur um die Schuldenbremse, die bereits im Grundgesetz verankert ist - und die gilt erst ab 2020.

Ihr gestriges vehement vorgetragenes Bekenntnis zur Schuldenbremse, Herr Ministerpräsident, war

nichts anderes als die Wiedergabe der Verfassungslage, auf die Sie zuvor vereidigt wurden.

(Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

Vor dem Hintergrund der rot-grünen Politik in Nordrhein-Westfalen ist ein Bekenntnis eines SPD-Ministerpräsidenten zur Verfassung in dieser Frage allerdings in der Tat bemerkenswert; denn dort wurde der Verfassungsbruch schon angekündigt, indem man mitteilte, dass man sich an die Schuldenbremse des Grundgesetzes nicht zu halten gedenke.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Ergebnis heißt die Politik von Ministerpräsident Weil, dass Niedersachsen sich bis 2020 auf etliche Milliarden neue Schulden zur Finanzierung rot-grüner Wahlversprechen einstellen muss.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren von SPD und Grünen - - -

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Wer hat denn 20 Milliarden mehr Schulden gemacht? Du meine Güte!)

- Nun regen Sie sich doch nicht so auf; Sie werden doch einmal ein paar Wahrheiten ertragen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren von SPD und Grünen, wenn Sie es ernst meinen mit einer ehrgeizigen Haushalts- und Finanzpolitik, die auch künftigen Generationen noch Spielräume für Investitionen in Bildung und Infrastrukturen lässt, dann unterstützen Sie uns bei unserem Weg, eine Schuldenbremse in die niedersächsische Landesverfassung einzufügen, und dies schon ab dem Jahr 2017.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Koalitionsvertrag und Regierungserklärung setzen in wesentlichen Feldern der Bildungspolitik, der Infrastrukturpolitik und der Haushaltspolitik falsche Akzente und gefährden damit die Vorreiterrolle Niedersachsens, die wir in zehn Jahren CDU/FDP-Regierung erarbeitet haben.

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

Im Übrigen fehlt es Rot-Grün an Konzepten und Ideen, um die Zukunftsaufgaben zu lösen, auch

wenn Sie die Herausforderungen noch so staats-
tragend umschreiben. Das wird allzu deutlich,
wenn der Ministerpräsident pathetisch und nichts-
sagend zugleich resümiert, man habe sich die
Zukunft Niedersachsens zur Aufgabe gemacht.

(Christian Dürr [FDP]: Zukunft ist gut
für alle!)

Dass Rot-Grün mit der Amtsübernahme keine
durchgreifenden Konzepte und Ideen auf den
Tisch legen kann, ist peinlich und bedeutet Still-
stand für das Land.

(Starker Beifall bei der FDP und bei
der CDU)

Noch mehr Sorge muss es einem aber machen,
wenn man sieht, welcher Politikstil sich hier ab-
zeichnet. Hieß es noch vor der Wahl, es werde
kein Endlagersuchgesetz mit Gorleben geben,
heißt es heute lediglich, man werde sich entspre-
chend in die Diskussion einbringen.

Heißt es im Koalitionsvertrag noch, dass man bei
der Entsendung in Aufsichtsräte auf eine ausgegli-
chene Geschlechterquotierung achten werde, be-
schloss das Kabinett gestern, den Ministerpräsi-
denten und den Wirtschaftsminister in den VW-
Aufsichtsrat zu entsenden. Meine Damen und Her-
ren, da drängt sich doch die Frage auf: Wer von
den beiden ist denn die Frau?

(Heiterkeit und starker Beifall bei der
FDP und bei der CDU - Zuruf von
Helge Limburg [GRÜNE])

Schon nach kurzer Zeit liegen also Ankündigungen
und Realität bei dieser Landesregierung weit aus-
einander. Wir erwarten aber von dieser Landesre-
gierung mehr Verlässlichkeit, mehr Berechenbar-
keit und am Ende auch mehr Ehrlichkeit. Wir er-
warten von ihr, dass sie konkret wird, dass sie
Verantwortung übernimmt und auch entscheidet
und nicht rumeiert.

Sie wollen Bürgersprechstunden einrichten, Herr
Weil. Wir erwarten, dass Sie die Bürgerinnen und
Bürger nicht zu Bittstellern machen, die in Sprech-
stunden vorsprechen dürfen, denen ausnahms-
weise im Rahmen von Sprechstunden Zugang ge-
währt wird.

(Johanne Modder [SPD]: Sie haben
es immer noch nicht kapiert!)

CDU und FDP waren und sind jederzeit und über-
all ansprechbar gewesen und werden das auch
künftig sein. Wir sind zu den Bürgern gegangen
und haben nicht Audienzen gehalten.

(Starker Beifall bei der FDP und bei
der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum
Schluss. Etwas Gutes hat der Regierungswechsel
doch: Endlich gibt es in Niedersachsen wieder eine
kompetente, vernünftige und gute Opposition.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall
bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die
Aussprache fort. Ich rufe auf von der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Piel.
Bitte!

Anja Piel (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Da-
men und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Der Ausgang des Wahlabends am 20. Januar war
in der Tat knapp. Aber es ist wie beim Fußball:
Auch mit nur einem Tor mehr ist das Spiel gewon-
nen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Alle im Landtag vertretenen Parteien haben einen
in weiten Teilen sehr fairen Wahlkampf miteinan-
der geführt. Dafür auch von meiner Seite ein herz-
liches Dankeschön.

Ein herzliches Dankeschön von den Grünen auch
an die letzte Landesregierung und insbesondere
an den ehemaligen Ministerpräsidenten David
McAllister.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der
SPD)

Es wäre wirklich schön, wenn es uns gelingen
könnte, etwas von der Fairness des Wahlkampfes
mit in diesen Neuanfang zu retten.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das haben
wir bei Frau Modder gesehen!)

Ich gehe davon aus, dass wir alle hier ein großes
Interesse daran haben, dass Wählerinnen und
Wähler ebenso wie die Gäste der Plenarsitzung
den Eindruck von hier mitnehmen, dass in der

Sache hart gestritten, aber respektvoll miteinander umgegangen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vielleicht könnten wir alle gemeinsam damit auch einen Beitrag gegen die Politikverdrossenheit leisten, die dafür sorgt - und das geht uns alle an -, dass die größte Gruppe seit vielen Jahren die Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler ist.

Ich möchte gerne gemeinsam mit Ihnen der Frage nachgehen, wie es kommt, dass so viele Menschen im Land nicht mehr den Gang an die Wahlurne machen und dort ihre Stimme abgeben.

Politikverdrossenheit hat eine Menge Gründe. Wir sind in dieser Legislaturperiode gemeinsam dafür verantwortlich. Einer davon ist sicher die gefühlte Ferne zu denjenigen, die politische Verantwortung tragen. Wir haben in unserem Koalitionsvertrag gemeinsam beschlossen: Demokratie darf keine Festung sein, die nur einmal alle fünf Jahre ihre Tore aufmacht. Wir wollen mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wie aber wollen wir in den nächsten Jahren Landespolitik begreifbar machen, und wie können wir es gemeinsam schaffen, dass alle Menschen in Niedersachsen, vor allem solche, die im Niedriglohnsektor arbeiten, mit schlecht bezahlten Jobs, diejenigen, die körperliche Handicaps haben und sich in einer wenig barrierefreien Öffentlichkeit bewegen müssen, das Gefühl haben, dass wir in Hannover ihre Ziel und ihre persönlichen Interessen mit unserer Politik vertreten?

Zunächst einmal braucht es deutlich mehr Transparenz und mehr Information. Wir brauchen ein neues Leitbild für die Arbeit der Ministerien.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Informationen müssen schnell und barrierearm zur Verfügung gestellt werden. Ich weiß nicht, was es da vorhin zu lachen gab. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger werden es uns danken; denn wir wollen weniger Hürden für Bürgerbeteiligung, für Volksbegehren und für Volksentscheide. All das muss zukünftig leichter möglich sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eine Ausweitung der Themen ist ebenfalls wichtig. Wichtig ist aber auch, dass wir uns über neue Formen der Beteiligung bei vielen Projekten Gedanken machen.

Das gilt insbesondere für den Ausbau der erneuerbaren Energien und dafür, dass wir gemeinsam den Netzausbau organisieren. Ich habe im Wahlkampf immer gehört: Es sind die Grünen, die sich davor stellen, dass der Netzausbau vonstatten geht. - Wir wissen aber, dass sich die Bürgerinitiativen auch aus dem konservativen, bürgerlichen Wählerinnen- und Wählerspektrum nähren. Ich glaube, der Netzausbau ist eine gemeinsame Aufgabe dieser Landesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir brauchen auch noch für ein anderes wichtiges Thema in Niedersachsen die neue Transparenz. Rot-Grün hat sich in der Koalitionsvereinbarung klar dazu bekannt, dass Gorleben als Endlagerstandort für strahlenden Müll ungeeignet ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werden hinter dieses unerfreuliche Stück niedersächsischer Geschichte so schnell wie möglich endgültig einen Punkt setzen; denn den braucht es für den Start in eine neue, ergebnisoffene Endlagersuche, die diesen Namen auch verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist völlig einerlei, ob nach dem zwingend notwendigen endgültigen Ausschluss von Gorleben in Baden-Württemberg oder in Niedersachsen nach einem neuen Standort gesucht werden muss.

(Zuruf von Dr. Stefan Birkner [FDP])

Es muss für diese Standortauswahl ein Verfahren geben und mit einer neuen Transparenz dafür gesorgt werden, dass sich die alten Fehler aus dem Wendland für den neuen Standort nicht wiederholen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Es freut mich außerordentlich, wenn ich feststelle, dass sich in den Reihen der Opposition ein konsequenter Kurs an dieser Stelle entwickelt. Ich sage Ihnen heute: Sie können aktiv dazu beitragen, indem Sie Ihre Verhandlerinnen und Verhandler auf der Bundesebene darin unterstützen, ein sauberes Verfahren zu finden. Dieses saubere Verfah-

ren entsteht in dem Moment, in dem Gorleben raus ist. Dann können wir endlich ergebnisoffen suchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch ich danke dem Ministerpräsidenten Stephan Weil - ebenso wie meinem grünen Umweltminister Stefan Wenzel - für die Konsequenz in dieser Frage.

(Johanne Modder [SPD]: Das ist auch unser Umweltminister!)

Mit der Bildung der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen ist mit Blick auf die Lösung dieser verfahrenen Lage eine neue Situation entstanden. Denn was bisher auf der Bundesebene immer sehr abstrakt und frei schwebend diskutiert wurde, muss jetzt mit einer Landesregierung abgestimmt werden, die aus den Erfahrungen mit der Asse und mit Gorleben die richtigen Schlussfolgerungen gezogen hat. Sicherheit geht über Eile, Sicherheit geht über alles. Ein gründliches Verfahren ist der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Verantwortung übernehmen wollen wir auch in der Gestaltung einer Landwirtschaft, die sich in viel stärkerem Maße als bisher an Verbraucherschutz, Tierschutz, aber auch Klimaschutz und Umweltschutz orientiert. Wir wollen weg von der industrialisierten Tierproduktion, die nicht nur unverantwortlich mit den lebensnotwendigen Ressourcen umgeht, sondern die sich im Moment auch durch einen Einsatz von Medikamenten, insbesondere Antibiotika, auszeichnet, der jedes vernünftige Maß überschreitet.

Sie hätten auch gut daran getan, mit Bürgerinitiativen zu sprechen, die sich nicht nur aus dem Wählerpotenzial der Grünen nähren. Ich habe in Wietze mit vielen, vielen Leuten gesprochen, die einstmals Ihre Wählerinnen und Wähler waren, die sich aber heute an uns wenden, weil sie glauben, dass der Verbraucherschutz, den wir propagieren, besser ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Helge Limburg [GRÜNE]: Stimmt ja auch! - Zurufe von der CDU)

Ich fand die Frage nach der „sanften Agrarwende“ gestern ja nett. Ich sage Ihnen ehrlich: Anders als behauptet, wollen wir nicht den ökologisch geführten Hof als Freilichtmuseum. Wir wollen ihn als

sichere Bank für Qualität in der regionalen Versorgung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir wollen auch die Verbraucher schützen, die nicht in Biomärkten einkaufen gehen, sondern im Supermarkt ins Kühlregal greifen und darauf hoffen, dass in dem Fleisch, das sie kaufen, keine Giftstoffe enthalten sind, dass in der Lasagne, die sie erwerben, kein Pferdefleisch enthalten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich sage Ihnen ehrlich: Wir haben Konzepte für die Bildungspolitik. Wir wollen nicht nur eine Strukturdebatte führen, sondern wir haben uns wirklich vorgenommen - - -

(Jens Nacke [CDU]: Die würden wir gerne mal kennenlernen! - Christian Dürr [FDP]: Können Sie uns die mal zuschicken, Frau Piel? - Glocke der Präsidentin)

- Ich erkläre Ihnen das gleich in Ruhe.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment bitte, Frau Kollegin! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies ist die erste Rede der Abgeordneten Piel. Ich bitte Sie alle um so viel Kollegialität und Fairness, dass Frau Piel ihre Rede auch vortragen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Kann sie doch auch! - Anja Piel [GRÜNE] spricht weiter, ohne dass das Mikrofon wieder eingeschaltet ist)

Anja Piel (GRÜNE):

Das beginnt mit einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot für die Jüngsten - - -

(Ulf Thiele [CDU]: Dann sollten Sie das Mikrofon aber auch wieder anstellen, damit sie das auch kann! - Gegenrufe von der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment! - Herr Thiele, ich weiß, das ist vielleicht ein schwerer Tag für Sie. Aber ich bitte Sie wirklich um Fairness, Herr Thiele. Das gilt auch für Sie.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie sind Präsidentin im Moment, Sie müssen ein bisschen

vorsichtig sein! - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Sie sollten lieber vorsichtig sein!)

Anja Piel (GRÜNE):

Sie werden mich sicherlich noch bei anderen Punkten aus der Ruhe bringen, aber mit so etwas eher nicht.

Die Abschaffung der Studiengebühren ist im Übrigen kein Geschenk; ich habe das ganz oft auf Podiumsdiskussionen so gehört. Ein Studium ist heute auch ohne die antiquierten Gebühren, die wir in Niedersachsen noch erheben, eine enorme Investition für junge Menschen. Und sie ist für die jungen Menschen sehr viel schwerer zu schultern, die nicht aus wohlhabenden Elternhäusern kommen.

Wir machen keine Geschenke, sondern wir machen den Weg frei für eine gerechtere Bildungspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich bin sehr froh, dass wir mit unserem Koalitionspartner keine weitere Strukturdebatte zur Schullandschaft führen, sondern uns vielmehr der Frage widmen, wie der Eltern- und Schülerwille ernstern genommen werden kann. Das heißt aus unserer Sicht, dass wir Integrierte Gesamtschulen da ermöglichen, wo sie gewünscht sind, und dass der Besuch einer Integrierten Gesamtschule nicht länger das Privileg von Kindern in Städten wie Göttingen, Hannover und Oldenburg bleibt,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

sondern dass er auch den Kindern möglich ist, die tief im Emsland, in Ostfriesland oder im Harz wohnen und nicht so schnell in die Städte kommen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Birkner, ich habe Sie im Wahlkampf kennengelernt. Ehrlich: Ich hätte Ihnen ein bisschen mehr zugetraut als diese billige Plattitüde, dass Kretschmann Lehrerstellen gestrichen hat.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Hat er!)

Sie wissen genauso gut wie ich, dass das schon Herr Mappus beschlossen hat. Es ist lustig, dass Sie sich an der Stelle so vertun.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Das ist nicht gut für den Blutdruck in der Opposition!

Wir wollen unsere Schul- und Bildungslandschaft insgesamt inklusiver machen. Das heißt, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer unterschiedlichen Begabung gefördert werden können. Ich glaube, Herr Birkner, das ist auch keine Bildungsromantik. Sprechen Sie mal mit den Eltern von Kindern mit Behinderungen! Die wären, glaube ich, nicht damit einverstanden, wenn Sie hier von Bildungsromantik sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zusammenhalt - und ich bin froh, dass wir diesen Titel für unseren Koalitionsvertrag gewählt haben; denn er ist zeitgemäß - kann nur dann entstehen, wenn Menschen gleiche Chancen haben. Ich habe mich gestern auch sehr gefreut, dass der neu gewählte Landtagspräsident Bernd Busemann in seiner Eröffnungsrede angemahnt hat, dass dieses Parlament, dass die Politik in diesem Land eine Verantwortung dafür trägt, das Miteinander mit Einwanderinnen und Einwanderern im Land zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich habe mich außerdem sehr gefreut, dass einer der beiden jüngsten Abgeordneten mit türkischer Herkunft uns schon durch die erste Sitzung des Landtages geleitet hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das ist wirklich gelebte Beteiligung und ein wunderbares Signal für eine neue Willkommenskultur, die sich auch Herr Busemann wünscht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Landesregierung hat dieser Frage aus denselben Überlegungen eine hohe Priorität eingeräumt. Das Ziel eines weltoffenen Niedersachsens mit mehr Vielfalt und Teilhabe steht ganz vorne in unserem Vertrag.

Und wir machen Ernst damit, indem wir das Amt einer Integrationsbeauftragten schaffen, die bei allen Entscheidungen und Maßnahmen auf die Umsetzung dieser Ziele schauen wird. Genauso werden wir die Integrationskommission stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich wünsche mir in diesem Zusammenhang, dass wir auch glaubwürdig sind. Denn es wäre ein gutes Zeichen, wenn wir im Landtag nicht nur die obersten Würdenträger der beiden christlichen Konfessionen begrüßen, sondern endlich auch die Würdenträger des Islams und des Judentums. Das würden sie auch sehr begrüßen, glaube ich.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werden deshalb auch mit den Vertretern der zweitgrößten Glaubensrichtung in Niedersachsen, den muslimischen Verbänden, einen Staatsvertrag schließen.

Aber es geht nicht nur um eine Erleichterung der Einwanderung, um verbesserte Teilhabe und mehr Vielfalt, es geht auch und gerade um mehr Humanität in der Flüchtlings- und Asylpolitik. Wir wollen einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel gegenüber der Politik des ehemaligen Abschiebeministers Schünemann erreichen.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Änderung - Sie haben uns vorhin ja immer vorgeworfen, wir hätten keine Konzepte - wird im besten Sinne radikal sein. Wir wollen eine von Grund auf andere Haltung zu den verfolgten und bedrohten Menschen einnehmen und in diesem Geist auch zukünftig für sie eintreten.

Ganz konkret - weil Sie vorhin immer nach Konkretisierungen gefragt haben - werden wir endlich Gesundheitsvorsorge auch für Menschen ohne Papiere gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werden die entwürdigende Wertgutscheinzuteilung durch Bargeldauszahlungen ersetzen

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

und uns für eine Aufhebung der Residenzpflicht einsetzen. Wir werden auch für ein humanitäres Bleiberecht kämpfen und dafür die Härtefallkommission grundlegend reformieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dies alles, meine Damen und Herren, ist im Übrigen nicht nur gut für die Einwanderinnen und Einwanderer und die Flüchtlinge in Niedersachsen;

Würde und ordentlicher Umgang miteinander tun, glaube ich, uns allen in Niedersachsen gut.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, auch frauenpolitisch waren die letzten zehn Jahre in Niedersachsen kein Gewinn. Ich bin dankbar, dass die Frauenpolitik eben schon angesprochen wurde, obwohl ich ein wenig überrascht war, Herr Birkner.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Die FDP als Frauenpartei ist in der Tat ungewöhnlich!)

- Ich komme gleich noch zur FDP. Ich habe ja die Zahlen hier auf dem Tisch. Ich fand es mutig. Aber wir kommen gleich noch dazu.

Nicht nur die Rechte von Frauen wurden vernachlässigt, auch die Erwerbschancen haben sich drastisch verschlechtert.

(Christian Dürr [FDP]: Versprochen und gebrochen!)

Im Niedriglohnsektor - Ihr Lieben, das ist wirklich keine Freude - arbeiten heute anteilig mehr Frauen als Männer. - Diese Frauen wählen zum Teil sicherlich auch Ihre Partei. - Im Hinblick auf das Armutsrisiko von Frauen ist das eine ganz schlechte Entwicklung, die wir zurückholen müssen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde auch an anderer Stelle nicht ausreichend gefördert. Aktuell fehlen uns noch immer rund 20 000 Kindergartenplätze im Land. CDU und FDP haben sich nicht für gleichen Lohn eingesetzt,

(Björn Thümler [CDU]: Falsch!)

es gab keine Initiativen für eine Quote für Vorstände und Aufsichtsräte.

(Christian Grascha [FDP]: Richtig!)

Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir werden uns nicht nur für gute Arbeit und für gerechte Löhne für Frauen einsetzen. Es ist ein Jammerbild, dass Frauen im Schnitt immer noch 23 % weniger verdienen als Männer. Wenn ich beim Gender-Pay-Gap-Day Leute treffe - - - Das ist übrigens auch ein Fremdwort. Ich erkläre das gern.

Ich kann mir schon vorstellen, dass das noch nicht bei Ihnen angekommen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das ist der Tag im Jahr, bis zu dem es dauert, bis Frauen genauso viel verdient haben wie die Männer im Vorjahr. - Ich gebe solchen Nachhilfeunterricht gerne. Kein Problem!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Glauben Sie das alles wirklich?)

Fragen Sie einmal Ihre arbeitenden Frauen! Die können Ihnen das beantworten.

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

- Das ist nicht gut für den Blutdruck, Herr Thiele. Wirklich nicht. In der Opposition muss man ein bisschen runtercoolen.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden diese Kritik an der nicht ganz gelungenen Quotierung im Kabinett annehmen.

(Christian Dürr [FDP]: „Nicht ganz gelungene Quotierung“! Darf ich das zitieren, Frau Piel?)

- Warten Sie! Herr Dürr, ich finde das mutig.

(Christian Dürr [FDP]: Wir haben keine Quotierung gefordert!)

- Ich weiß, dass Sie keine Quote haben.

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich muss jetzt etwas erklären. Die FDP hat alle vier Vorstandsposten mit Männern besetzt.

(Zurufe von den GRÜNEN: Aha!)

Frauen können Vorstand nicht bei der FDP.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir sind noch nicht am Ende. Die CDU hat im Landtag bei 17 Ämtern in Vorständen und als Arbeitskreisvorsitzende gerade einmal drei Frauen solche Ämter zugetraut.

(Zurufe von der CDU)

Das ist wohl ein Beweis dafür, dass ein bisschen Weniger an Quote ein guter Grund war, am 20. Januar Rot-Grün zu wählen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Was sagt uns das jetzt? - Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist wohl ein Beweis dafür, dass das bisschen Weniger an Quote ein guter Grund dafür war, am 20. Januar Rot-Grün zu wählen.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Sie haben sich selbst Lügen gestraft, Frau Piel! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Es kommt für Sie auch noch etwas zum Freuen.

(Björn Thümler [CDU]: Wir freuen uns auch schon! Das ist nämlich Unfug! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Auf eine kleine Replik zur Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten, unseres gemeinsamen Ministerpräsidenten, Frau Modder, möchte ich an dieser Stelle aber auch nicht ganz verzichten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern ein chinesisches Sprichwort zitiert: Die erste Generation baut die Straße, auf der die nächste fährt. - Ich gehe davon aus,

(Christian Dürr [FDP]: Dass wir keine Straßen mehr bauen?)

Sie wollten uns eine Weisheit im übertragenen Sinne vermitteln. Verkehrspolitisch

(Christian Dürr [FDP]: Ja! Jetzt kommt's!)

können wir nämlich von China nicht unbedingt lernen. Man muss sich vergegenwärtigen, dass in China im Januar lediglich vier Tage smogfrei waren. Wenn wir unsere Automatisierung im bisherigen Tempo weiterentwickeln, wird das dramatische Folgen für das Klima haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Herr Weil, die wollen doch nicht! - Zurufe von der CDU)

Auch das sind gute Gründe, warum wir Grüne uns mit viel mehr Ehrgeiz und viel mehr Konsequenz auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und auf die Entwicklung von schadstoffreduzierten und schadstoffarmen Antriebssystemen stürzen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Andererseits haben Sie auch nicht davon gesprochen, dass auf den in der chinesischen Spruchweisheit genannten Straßen unbedingt Autos unterwegs sein sollen. Ich bin sicher, Konfuzius würde heute ein E-Bike oder einen Bus wählen. Da sind wir uns einig, oder?

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Konfuzius würde sich mit Grauen abwenden! - Christian Gräscha [FDP]: Was heißt das jetzt für die niedersächsischen Autobahnen?)

Das war gestern ein guter Tag für Niedersachsen.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Wir gratulieren der neuen Landesregierung, ganz besonders unserem Ministerpräsidenten Stephan Weil. Aber von dieser Stelle möchte ich auch unseren Grünen-Ministerinnen und -Ministern und den SPD-Ministerinnen und -Ministern gratulieren und ihnen viel Erfolg für die kommende Arbeit mit uns wünschen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich habe vorhin vom Blutdruck gesprochen. Wir konnten uns für diese schwierige Arbeit 19 Jahre lang schonen und übernehmen jetzt gut ausgeruht wieder Verantwortung für die Gestaltung der Regierungspolitik.

(Lachen bei der CDU)

Wir werden unseren Beitrag für Erneuerung und Zusammenhalt, für mehr Solidarität und mehr Ökologie gerne leisten.

Danke schön.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Abgeordnete Piel, ich darf Ihnen zu Ihrer ersten Rede gratulieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet.

Ich rufe als nächsten Punkt der Tagesordnung auf

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses - Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/3

Nach Artikel 11 der Niedersächsischen Verfassung ist die Wahlprüfung Aufgabe des Landtages. Gemäß § 4 des Wahlprüfungsgesetzes wird die Entscheidung des Landtags durch den Wahlprüfungsausschuss vorbereitet. Nach § 14 unserer Geschäftsordnung hat der Wahlprüfungsausschuss 13 Mitglieder und 13 stellvertretende Mitglieder. Er wird vom Landtag aus seiner Mitte für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Ihnen liegt der Wahlvorschlag aller vier Fraktionen in der Drucksache 17/3 vor.

Ich frage zunächst, ob die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses, wie in der Vergangenheit üblich, ohne allgemeine Aussprache gewählt werden sollen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Nach § 86 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung wird mit Stimmzetteln gewählt. Wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht, kann durch Handzeichen gewählt werden. - Ich höre keinen Widerspruch. Also kommen wir zur Wahl durch Handzeichen.

Wer dem gemeinsamen Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/3 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Wir kommen nun zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnittes. Der nächste, dann 2. Tagungsabschnitt ist vom 13. bis zum 15. März 2013 vorgesehen. Inwieweit dann alle drei Tage benötigt werden, richtet sich nach den bis zur nächsten Ältestenratssitzung am 6. März vorliegenden Beratungsgegenständen.

Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung bestimmen.

Im Anschluss an diese Sitzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, also jetzt gleich, konstituieren sich die Fachausschüsse. Die Einladungen dazu haben Sie per Schnellbrief erhalten.

Ich schließe die heutige Sitzung und freue mich auf ein Wiedersehen. Guten Nachhauseweg!

(Beifall)

Schluss der Sitzung: 11.51 Uhr.